

Gewaltiger Eindruck der Rede Max Brauns	Seite 3
Dokument deutscher Not	Seite 4
Der Kriegstreiber Göing	Seite 7

Bürgerkriegsinfaren in Frankreich

Die heftigen französischen Parteikämpfe

(Von unserem Korrespondenten.)

A. Ph. Paris, 5. Oktober.
Rechts oder links, das ist die Frage, die seit Monaten die Gemüter aller politisch denkenden Franzosen bewegt, eine Frage, die auch in den Kämpfen zu den am kommenden Sonntag stattfindenden Generalratswahlen eine Rolle spielt. Die Regierung Doumergue verdankt ihr Entstehen der Zusammenarbeit der Parteien der Rechten und Mitte mit den von Herriot geführten Radikalsozialisten. Wird dieser Bürgerfrieden, den hervorragende Politiker als etwas Unnatürliches, ja sogar Widernatürliches ansehen, den Monat Oktober überdauern? Niemand weiß es. Auf der einen Seite stehen Sozialisten und Kommunisten, zusammenschlossen in der „Front Commun“, auf der anderen Seite kämpfen die Regierungsparteien. Aber sie stellen keine Einheit dar. Denn nur ein Teil der Radikalsozialisten ist mit dem Duzen bei der Nationalen Union. Viele von ihnen werden zumindest im zweiten Wahlgang für die Kandidaten der Einheitsfront ihre Stimme abgeben. Am 13. Oktober plant diese öffentliche Kundgebungen in Paris, und schon rufen die Gegner zu Gegenkundgebungen auf. Sollen sich die blutigen Februareignisse in Paris wiederholen? Wenn man gewisse Neugierungen aus dem Rechtslager ernst nimmt, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die innerpolitischen Dinge in Frankreich wieder einmal so gespannt sind, wie sie es am Ausgang des letzten Winters waren.

Lebecq und der Nationalverband der Kriegsteilnehmer erklären:

„Die Anhänger der Einheitsfront wollen am 13. Oktober auf die Straße gehen, um Paris in Verwirrung zu bringen. Kameraden vom nationalen Frontkämpferverband, haltet Euch bereit, um nötigenfalls die Ordnung in der Hauptstadt aufrechtzuerhalten.“

In der Zeitung der „Solidarité Française“ vom 29. September heißt es:

„Die Section Marseille.“

Auf Veranlassung ihres Vorstandes rüft sich die 11. Abteilung auf alles das, was ein Winterfeldzug erforderlich macht, der hart zu werden verspricht.

Die größten Anstrengungen müssen der Bildung von Schutztruppen gewidmet werden.

Freiwillige und gediente Leute sollen sich allwöchentlich in einer Turnhalle vereinen, um dort vollkommen körperlich ausgebildet zu werden und alle notwendigen Anweisungen zu erhalten.“

Sind es nicht ähnlich in Deutschland an?

Pierre Lafue sagt in dem Wochenblatt 1934:

„Wenn die Kantonalwahlen, die in einer politischen Atmosphäre sich abwickeln, der Nationalen Union Unrecht zu geben scheinen sollten, wenn sie also die Radikalen in dem Glauben ließen, daß Frankreich nicht die geplanten Verfassungsänderungen wünsche, dann würde man keine parlamentarische Mehrheit finden können, die sich für eine mit Reformaufgaben betraute Nation... versammlung entscheiden würde. Was dann? Dann würde es nur ein Mittel geben: das Referendum der Straße müßte das unsichere Referendum der Wahlen ersetzen. Entweder geht man auf dem gelegentlichen Wege nach Versailles (dorthin muß die Nationalversammlung einberufen werden — die Redaktion der „D. F.“ auf ruhigen Wegen, die nur ein paar Polizeibeamte bewachen werden, oder man wird in einem Zug des Auftrags dort hin gebracht werden, ähnlich wie ein solcher Zug Ludwig XVI. am 5. und 6. Oktober 1789 begleitete.“

Große politische und soziale Stürme kündigen sich in Frankreich an.

Zum 13. Oktober

Aufruf der französischen nationalen Jugendverbände

Paris, 5. Okt. Der Verband der vaterländischen Jugend hat, dem Beispiel anderer nationaler Vereinigungen folgend, seine Mitglieder aufgefordert, sich für den 13. Oktober bereitzustellen, da die gemeinsame Front und die links-extremistischen Parteien für diesen Tag große Kundgebungen planen. Dieser Aufruf sei keine Herausforderung, aber alle national denkenden Franzosen wünschten an diesem Tage geschlossen aufzutreten, um zu beweisen, daß auch sie eine Macht darstellten, mit der man rechnen müsse, und um eintretendenfalls mit eigenen Mitteln revolutionäre Störungen zu unterdrücken.

Generalfreik in Spanien

Alles steht still

Madrid, 5. Okt. In der Nacht zum Freitag ist von den Gewerkschaften der Generalfreik erklärt worden als Antwort darauf, daß der Staatspräsident den Weg für eine Entwidlung nach rechts und für eine antisozialistische Regierung freigemacht hat. Madrid gleicht gegenwärtig einer toten Stadt. Es verkehren weder Automobile noch Straßenbahnen, noch Ufergrundbahnen. Man befürchtet, daß die lebenswichtigen Betriebe im Laufe der nächsten Stunden ebenfalls stillgelegt werden. Auch die Fernspreverbindungen in das Ausland sind außerordentlich erschwert. Ferner ist damit zu rechnen, daß die Zeitungen nicht mehr erscheinen.

Schüsse in Madrid

Bis jetzt drei Tote

Madrid, 5. Okt. Von verschiedenen Punkten der Stadt treffen Meldungen über Schießereien zwischen der Polizei und Mörkern ein. Die Zusammenstöße dauerten noch in den frühen Morgenstunden an und hatten bis dahin drei Todesopfer gefordert. Außerdem soll es zahlreiche Verwundete gegeben haben. Etwa 200 Personen sind verhaftet worden, desgleichen konnten von der Polizei große Bestände an Waffen und Munition beschlagnahmt werden.

Madrid, 5. Okt. Ueber die gesamte spanische Presse wurde die Zensur verhängt. Den Gerüchten nach soll in Sevilla, Valencia und Cordoba der Generalfreik erklärt worden sein.

Wohin steuert Polen?

Wenn auch allgemein bekannt ist, daß die polnisch-französische Freundschaft einen Abbruch bekommen hat, so wirkt es dennoch überraschend, daß man heute in Frankreich bereits offen und ganz eindeutig den Verzicht auf den polnischen Bundesgenossen befürwortet.

In dieser Beziehung ist der vor einigen Tagen im „Deu re“ erschienene Artikel des bekannten französischen Journalisten Piot bezeichnend. Er ist der Ansicht, daß Frankreich für seinen Bundesgenossen zahlreiche Opfer gebracht und daß es sogar für Polen seine eigenen Interessen zurückgestellt habe.

„Wenn also ein Bündnis mit Polen nur noch Verpflichtungen ohne Gegenleistung enthält — so schreibt Piot —, dann — das ist ehrlicher — sprechen wir nicht mehr davon! Auf das Bündnis mit Polen zu verzichten, wird vielen sentimental Franzosen das Herz brechen. Aber es ist besser so, als immer nur die Illusionen aufrechtzuerhalten und auf dieser Illusion eine Politik aufzubauen.“

Eine solche offene Sprache des französischen Journalisten kennzeichnet die veränderte außenpolitische Situation in Europa. Polen seinerseits scheint auf das Bündnis mit Frankreich nicht mehr den früheren Wert zu legen, sondern sucht seinen eigenen Weg, der — das muß offen gesagt werden — für Polen vielleicht ein Dornenweg sein wird.

Hitler verzichtet auf den Korridor

Als Hitler kam, bewachte sich der polnischen Öffentlichkeit große Unruhe. In Warschau nahm man an, daß das Hitlerregime eine Verschärfung der deutsch-polnischen Beziehungen bringen wird. Waren es doch die Nationalsozialisten, die vor der Machtergreifung die Regierungen der Weimarer Republik deswegen des Verrates an den deutschen Interessen beschuldigten, weil diese Regierungen Polen gegenüber eine „schlaffe“ Politik geführt und den Korridor nicht durch einen Handreich besetzt hätten. Aber die polnische Diplomatie hat ein typisches, vielleicht das typischste Merkmal des Nationalsozialismus überleben: seine Gewissenlosigkeit. Hitler und seinen Trabanten war es ja gar nicht um den polnischen Korridor zu tun, sondern dieser unglückselige Korridor war für die Nationalsozialisten nur ein Vorwand, um die Weimarer Republik zu unterhöhlen. Als deshalb Hitler die Macht in die Hände gespielt wurde, da hat er plötzlich „vergessen“, daß er einst dem deutschen Volke versprochen hat, den Vertrag von Versailles zu zerreißen und den Korridor zurückzuerobern. Hitler war es im

Vor hochpolitischen Wahlen

Stimmungsbarometer zur Politik des Kabinetts Doumergue

(Von unserem Korrespondenten.)

A. Ph. Paris, 5. Oktober.
Am Sonntag, dem 7. Oktober, werden die Wahlen zum Conseil General und zum Conseil d'Arrondissement stattfinden. Frankreich zerfällt bekanntlich in viele Departements (Gewaltungsbezirke), die ihrer Größe nach etwa einem preussischen Regierungsbezirk entsprechen. Die Departements wiederum zerfallen in mehrere (3-5) Arrondissements (Kreisbezirke), die wiederum in Cantons zergliedert sind. Ein Arrondissement hat bis zu 15 Cantons, und die Cantons gliedern sich in Communes (Gemeinden). Ein Canton umfaßt zwischen 10 bis 18 Communes. Die Departements werden durch Präfekten geleitet, die vom Minister des Innern ernannt sind. Vielen Präfekten steht der Conseil General zur Seite, der rein wirtschaftliche und verwaltungstechnische Aufgaben zu lösen hat, die Finanzen des Departements verwaltet und auch die Gemeindefinanzien leitet. Die Arrondissements wiederum unterstehen Sous-Präfekten, denen der Conseil d'Arrondissement zur Seite gegeben ist. Die Mitglieder beider Ratobehörden werden alle sechs Jahre neu gewählt und können alle drei Jahre bis zur Hälfte neu gewählt werden. Innerpolitisch sind die Wahlen am kommenden Sonntag deshalb wichtig, weil die Männer, die gewählt werden, u. a. auch die Zusammensetzung des Senats bestimmen.

In früheren Jahren hatten diese Wahlen kein allzu großes Interesse erregt. Dies Jahr aber haben sie besondere Bedeutung, da sie erstmalig seit der Gründung des gegenwärtigen Ministeriums stattfinden. Und das französische Volk hat auf diese Weise Gelegenheit, durch die Ausübung seines Stimmrechts der Politik des Herrn Doumergue und dem Bürgerfrieden der Parteien beizupflichten oder zu opponieren.

1480 Abgeordnete sind jetzt zu wählen. Nach den Statistiken

hatten die Konservativen bisher 6 Prozent, die gemäßigten Republikaner 19 Prozent, die Vinsrepublikaner ebenfalls 19 Prozent, die Radikalen ohne Nordfrankreich 7 Prozent, die Radikalen Nordfrankreichs 31 Prozent, die unabhängigen Sozialisten 5 Prozent, die Sozialisten 9 Prozent und die Kommunisten 1 Prozent.

Der Teil der Abgeordneten, der 1931 gewählt worden ist und bisher erst 1937 wieder zu erneuern ist, besteht aus ungefähr 1500 Mitgliedern, deren Zusammensetzung folgende ist:

5 Prozent	Konservative
16	gemäßigte Republikaner
17	Vinsrepublikaner
10 1/2	Radikalsozialisten ohne Nordfrankreich
33 1/2	Radikalsozialisten Nordfrankreich
5	unabhängige Sozialisten
10 1/2	Sozialisten
1 1/2	Kommunisten

3000 Kandidaten sind zum Conseil General aufgestellt, unter ihnen vier Minister: Zarrault, Mandin, Marin und Marquet, und 250 Senatoren und Kammerabgeordnete. Auch hier bekannte Namen wie Poincaré, Pierre Cot, Duménil, Guernier, Ernest Lafont u. a.

Die Anstrengungen der Parteien sind diesmal besonders hart, und vor allem bemüht sich die Einheitsfront, wie sie dies auch schon bei den Kommunalwahlen in Nantes und Poen getan hat, in einer bisher noch nie geübten Weise, ihre Anhänger zum Siege zu führen. Die Zahl ihrer Versammlungen ist vervielfacht. In zahlreichen Departements, ebenso wie in den kleinen Gemeinden machen ihre Redner alle Anstrengungen, um die Stimmen der durch die Krise Unzufriedenen zu erlangen.

Fortsetzung siehe 2. Seite.

Gegenüber dem zu tun, einen Zwist mit dem österreichischen Bruderstaat vom Jann zu brechen, um seine Macht bis nach Wien auszudehnen. Als man in Polen merkte, daß die Nationalsozialisten bereit seien, die nationalen Interessen des deutschen Volkes ihrer Machtgier zu opfern, da gewannen in Warschau jene Elemente Oberhand, die eine Verständigung mit Deutschland befürworteten, um so freie Hand gegenüber Rußland zu bekommen.

Polens Berliner Gesandte Lipiski fragte im Auftrage der Warschauer Regierung an, inwieweit die Friedensverhandlungen Ditters Polen gegenüber Ernst gemeint seien. Die Dittlerregierung sah in dieser Anfrage für sich die große Chance, den Ring um Deutschland zu sprengen und entschloß sich deshalb, auf den Korridor feierlich zu verzichten. Es kam zunächst zur Erklärung vom 5. November 1933 und dann zum Protokoll vom 6. Januar 1934, worin beide Staaten auf Gewaltanwendungen verzichteten und versicherten, Meinungsverschiedenheiten irgendwo, der Art auf dem Wege direkter Verhandlungen zu regeln.

Mit diesen Verträgen, denen sich dann noch das Protokoll vom 5. März 1934, das dem deutsch-polnischen Zollkrieg ein Ende machte, angeschlossen, hat in Polens Außenpolitik eine neue Ära begonnen. Die Annäherung mit Deutschland hat zwangsläufig zu einer Abfällung Frankreich gegenüber geführt und daran konnte auch Warschau während seines Ausenbesuches in Warschau wenig ändern. Es fragt sich: wollte Polen mit dem Berliner Abkommen lediglich sich für die nächsten zehn Jahre seine westlichen Grenzen sichern, oder verfolgte es etwa noch andere, weitgestrecktere Ziele? Es liegt die Vermutung nahe, daß Polen mit seiner neuesten deutsch-freundlichen Politik tatsächlich noch andere, sehr gefährliche Ziele verfolgt.

Pilsudskis Pläne gegen Rußland

Der tatsächliche Diktator Polens ist der alte Marschall Pilsudski. Die gegenwärtige Regierung setzt sich aus seinen unmittelbaren Mitarbeitern aus der Zeit des heroischen Kampfes um Polens Unabhängigkeit zusammen. Auch sein Außenminister Oberst Beck gehört zu seinen alten intimen Freunden. Pilsudski und seine Mitarbeiter erblickten seit jeher in Rußland, völlig unabhängig von dem jeweiligen Regime, das dort herrscht, den Erbfeind Polens. Während des russischen Bürgerkrieges standen die Truppen Pilsudskis unmittelbar neben dem linken Flügel der weißrussischen Denikin-Armee. Pilsudski unterstützte damals in keiner Weise den General Denikin, weil er sächsischerweise in diesem Vertreter des alten Rußland den härtesten Partner erblickte. Er sah ruhig zu, wie die Weissen geschlagen wurden in der Annahme, daß dabei auch die Bolschewiken verbluten werden. Als die weißen Truppen geschlagen wurden und Sowjetrußland völlig erschöpft war, glaubte Pilsudski seine geheimen Pläne verwirklichen zu können: er wollte die Ukraine von Großrußland abtrennen und auf diese Weise Rußland auf Jahrzehnte hinaus so schwächen, daß es für Polen nie mehr gefährlich sein konnte.

An dem revolutionären Glanz des bolschewistischen Rußland brach aber Pilsudskis imperialistische Politik zusammen. Nach einigen kurzen Erfolgen mußten die polnischen Truppen die Ukraine räumen und die Russen sind sogar vorübergehend bis nach Warschau vorgezogen. Pilsudski hat damals das Spiel verloren. Aber er hat nie auf seine alten Pläne verzichtet.

Hitlers Kreuzzugspläne

Nun haben in Deutschland Abenteuer die Macht an sich gerufen. Hitler und sein weißrussischer Paladin, Alfred Rosenberg, träumen von einem Kreuzzug gegen das bolschewistische Rußland zur „Rettung der europäischen Kultur“. Hitler und Rosenberg haben beide, der eine in „Mein Kampf“, der andere in seinem „Mythus des 20. Jahrhunderts“, diese Pläne offen dargelegt. Insbesondere ist es Rosenberg, der, als ehemaliger russischer Weisgardist, in seinem blinden Haß gegen Sowjetrußland, die Vöslösung der Ukraine fordert. So decken sich die weltgekochten Ziele Hitlers und Rosenbergs auf der einen Seite und Pilsudskis und seiner engsten Mitarbeiter auf der anderen. Die heutigen Nachbarn Deutschlands und Polens sind sich in ihrem gemeinsamen Haß gegen Rußland einig. Es gefallt sich zu ihnen noch ein dritter Bundesgenosse — der japanische Imperialismus. Pilsudski verbindet mit dem japanischen Imperialismus enge persönliche Beziehungen. Er war 1904, in der Zeit des russisch-japanischen Krieges, in Tokio und hatte damals mit der japanischen Regierung über die Möglichkeiten eines Bündnisses in Rußland-Polen verhandelt. Angesichts der politischen Spannungen im Fernen Osten, kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß Japan das Feuer in Osteuropa schürt und enge Verbindung zu Berlin und Warschau unterhält.

Es braucht wirklich kein Wort darüber verloren werden, daß der Versuch, Pilsudskis und Hitlers Ziele im Osten zu verwirklichen, zu einem Weltkrieg führen wird. Je mehr sich Polen von dem Gedanken einer antirussischen Politik gemeinsam mit Deutschland und Japan leiten läßt, desto weniger Sinn hat das polnisch-französische Bündnis. Deshalb werden heute auch in Frankreich Stimmen laut, auf dieses Bündnis formell zu verzichten. An Polens Stelle tritt als Frankreichs Bundesgenosse immer deutlicher die durch ihre Industrialisierung erstarkte Sowjetunion. Diese Entwicklung ergibt sich zwangsläufig aus der deutsch-polnischen Freundschaft mit ihren gefährlichen kriegerischen Zielen.

Sache aller Antifaschisten, Sache der europäischen Arbeiterschaft ist es, den Hitler, Rosenberg und Pilsudskis das Handwerk zu legen, um das sozialistische Rußland vor der drohenden Gefahr zu schützen und Europa selbst vor einem blutigen Krieg zu bewahren.

Der Königsbesuch in Paris

Paris, 6. Okt. Der Belgische Botschafter erhielt vom südlawischen Außenminister Festitsch, der das Königspar nach Frankreich begleitete, eine Erklärung, in der der Staatsbesuch in Paris als Rundreise der Verbundenheit Südlawens mit Frankreich bezeichnet wird. Er sei der unwiderlegliche Beweis für die Gemeinsamkeit der politischen Interessen beider Länder und für das sie beseelende gegenseitige Vertrauen. Er sei überzeugt, daß die Frankreichs es erlauben werde, in einer engen Zusammenarbeit die Lösung der Fragen zu finden, die durch die Festigung des Friedens und die Verteidigung der gemeinsamen Belange aufgeworfen würden.

Vor hochpolnischen Wahlen

Fortsetzung von Seite 1

Die Anhänger des Burgfriedens dagegen versuchen die Apasie der Wähler durch den Hinweis auf die allgemeinen politischen Folgen dieser Wahl zu befeitigen und die Stimmberechtigten zu veranlassen, auch am Sonntag bestimmt an die Urne zu treten.

Und was für die Wahlen zu den Conseils General gilt, gilt genau so für die Wahlen zu den Conseils d'Arrondissement, die aus derjenige Cantone auf die Seine bringen, die jetzt keine Conseilgeneraux zu wählen haben, da diese erst 1937 wieder wählbar sind.

Der Wahlausgang, dessen Bedeutung von größter Wichtig-

Außenpolitik des „dritten Reiches“ Die Linie nach Südosten

A. Ph. Paris, 5. Oktober 1934.

(von unserem Korrespondenten)

Man darf wirklich nicht annehmen, daß die gegenwärtige Aktivität des „dritten Reiches“ auf dem Gebiet der Außenpolitik es nicht sehr eilig hat. Zweifellos waren bis jetzt die sichtbaren Erfolge der deutschen Politik in dieser Beziehung sehr gering, abgesehen von dem bekannten deutsch-polnischen Abkommen, dessen Bedeutung man übrigens lange unterschätzt hat. Robert Lorette, der Berliner Korrespondent des „Paris-Midi“, meint, man dürfe nicht warten, bis man diese Erfahrung noch einmal mache. Ohne Hitlers Erfolgsaussichten zu überzeichnen, müsse man doch aufmerksam tagtäglich schon die ersten Anläufe der Außenpolitik über-

zuerst müsse man sich da mit den Anstrengungen befassen, die das Reich in Budapest mache. Die offiziellen Berliner Kreise hätten behauptet, daß die kürzliche Reise des Herrn von Papen nach Ungarn rein privater Natur gewesen sei. Gewiß habe sich Herr von Papen in Begleitung des Herrn Gombors den Freunden der Jagd hingeeben. Aber das sei nicht der eigentliche Zweck dieser Reise gewesen. Der deutsche Sondergesandte in Wien habe vielmehr mehrere wichtige politische Unterredungen mit dem Vorsitzenden des ungarischen Kabinetts gehabt. Robert Lorette glaubt zu wissen, daß Papen sehr genaue Beschlüsse seiner Regierung mit nach Ungarn bekommen habe, die darauf abgezielt hätten, ein deutsch-österreichisch-polnisch-ungarisches Bündnis zu schaffen, in das früher oder später auch Jugoslawien mit einbezogen werden könnte.

Fast gleichzeitig habe übrigens der polnische Außenminister Beck auf der Rückreise nach Warschau in Budapest mehrere wichtige Unterredungen gehabt. Wenn es sich nur um einen Anlauf handeln sollte, so sei dieser Anlauf mindestens sehr merkwürdig.

Paris - Rom - Belgrad

Die nächsten Aufgaben der französischen Außenpolitik

Paris, 5. Okt. Die Vertagung der Romreise Barthous auf Anfang November acht, wie „Petit Parisien“ schreibt, auf den gemeinsamen Beschluß von Rom und Paris zurück. Inzwischen würde der diplomatische Meinungsaustausch zur Vorbereitung der Begegnung tätig fortgesetzt. Es sei klar, daß die Ergebnisse der Unterredung Mussolini-Barthous — je vollständiger und genauer die Vorbereitung sei — desto fruchtbringender ausfallen würden. Es handle sich nicht nur um eine Freundschaftslandgebung, sondern um den Versuch, eine dauernde Verständigung über die aktuellen diplomatischen Fragen zu erzielen, die eine spätere enge Zusammenarbeit auf vielen Gebieten ermöglichen würde.

Der römische Berichterstatter des „Matin“ gibt zu, daß die Vorverhandlungen über die italienisch-französischen Fragen noch nicht weit genug gediehen seien. Wenn auch die Stellung der Italiener in Tunis durch eine einfache Konsolidierung des bestehenden Zustandes geregelt werden könnte, lasse die Frage der libyschen Grenze aber allerhand technische Probleme aufwerfen, die nicht improvisiert werden könnten. Andererseits könne die Frage der italienisch-südlawischen Beziehungen, deren Regelung für die Klärung der österreichischen Belange unerlässlich sei, nicht in einigen Tagen behandelt werden. König Alexander von Südlawien werde erst am 10. Oktober in Paris eintreffen, und wenn der französische Vermittlungsvorschlag nutzbringend sein solle, brauche man dazu einige Wochen.

Auch das „Deuxieme“, das unter Hinweis auf angebliche deutsche Bemühungen in Wien und Rom, durch die man der laarländischen und österreichischen Frage eine für Deutschland günstige Wendung geben wolle, Deutschland vorwirft, die italienisch-französische Annäherung zu durchkreuzen, verweist darauf, daß die Verhandlungen Barthous mit König Alexander von Südlawien nicht leicht sein würden. Barthous möchte eine möglichst weitgehende Verständigung in allen Desterreich und den Balkan betreffenden Fragen erzielen, weil nur so alle Meinungsverschiedenheiten beseitigt werden könnten. Der Dreibund Frankreich-Italien-Südlawien wäre jedenfalls gegenwärtig ziemlich schwer zu verwirklichen.

Etwas skeptisch fragt „Le Jour“ nach den wahren Gründen der Verschiebung der Romreise Barthous. In ant-unterrichteten Kreisen vermute man, daß der französisch-italienische Meinungsaustausch seit etwa 14 Tagen sich

zeit für das Kabinett Doumergue ist, gibt naturgemäß der französischen Presse Anlaß zu langen Polemiken.

Sehr ironisch glossiert in der „Action Francaise“ Charles Mauras die wahrscheinliche Ungeduld, mit der Doumergue am Sonntagabend das Wahlergebnis erwarten werde.

La Quotidien meint, es seien immer wieder die gleichen Minister und die gleichen Männer, die an die Macht kämen.

„Le Peuple“ wendet sich dagegen, daß man die Verfassung ohne Befragung des ganzen Landes reformieren wolle.

„Le Journal“ glaubt, daß, wenn die Einheitsfront siegt, das Werk Doumergues umsonst sei. Die Veruhigung der Gemüter, die Ruhe auf der Straße, das ökonomische und finanzielle Gleichgewicht, die Wiederaufnahme der Arbeit, alle? würde in Frage gestellt sein.

Das ganze sei, besonders im Hinblick auf Jugoslawien, natürlich nur ein Versuchsdiskussion gewesen. Aber die Haltung Deutschlands gegenüber diesem Lande sei doch besonders bedeutsam Jugoslawien stehe an erster Stelle auf der deutschen außenpolitischen Tagesordnung. Man spreche plötzlich von Gemeinsamkeiten und neuen Möglichkeiten, Möglichkeiten, die man mit denen des Hitlerregimes zu vergleichen, sich natürlich beile. Kurz gefaßt, Berlin sei überzeugt, daß Jugoslawien versuche, sich nach und nach von der französischen Vormundschaft zu befreien, um entsprechend seiner lokalen Bestimmungen eng mit dem Reich zusammenzuarbeiten.

Ein Deutscher, so fährt Lorette fort, der weit davon entfernt sei, ein Träumer genannt zu werden, habe ihm jüngst gesagt: „Ob man will oder nicht, die Zukunft Mitteleuropas gehört den Deutschen in Deutschland und Desterreich, vereint mit den Jugoslawen und Bulgaren. Sie werden sehen, daß am Ende die Lehren Hitlers, Degeles, Schellings recht behalten werden trotz des französischen Nationalismus und Liberalismus.“

Sicher sei, so meint Lorette weiter, daß das „dritte Reich“ Jugoslawien gegenüber zu großen Opfern bereit sei. Das habe schon der kürzlich zwischen beiden Ländern abgeschlossene Handelsvertrag bewiesen. Wenn man sich einmal vergegenwärtigt, daß auf Grund dieses Vertrages Deutschland künftig von Jugoslawien für 1100 Millionen Dinar jährlich über 5000 Waggons Getreide einführen werde, für die es 20 Millionen Dinars mehr bezahlen werde, als der Weltmarktpreis ausmache, werde man die Forderungen dieses Vertrages verstehen.

Während aber, so heißt es am Schluß der interessanten Ausführungen, die französischen Optimisten glauben, daß die Annäherung zwischen Jugoslawien und Deutschland sich auf das Wirtschaftsgebiet beschränken werde, und daß Jugoslawien nicht seine französischen Freunde verlassen werde, seien die deutschen Diplomaten anderer Ansicht.

schwieriger gestalte, als ursprünglich angenommen, und zwar hauptsächlich wegen der mitteleuropäischen Fragen. Die Formel einer vernünftigen italienisch-südlawischen Verständigung sei anscheinend noch längst nicht gefunden. Von ihr aber hänge die Lösung des österreichischen Problems ab, die Deutschland — und seit kurzem auch andere Mächte — verhindern möchten.

Der Stolz der Engländer auf ihr neues Riesenschiff „Queen Mary“ läßt die Franzosen nicht schlafen. Immer wieder weisen sie darauf hin, daß Frankreich bald das größte Schiff der Welt besitzen werde. Der für Rechnung der Compagnie Transatlantique im Bau befindliche Ueberseedampfer „Normandie“ wird in der Tat die „Queen Mary“ überflügeln. Seine Länge wird 313,75 Meter, seine Breite 36,30 Meter und seine Wasserverdrängung 70.287 Tonnen betragen.

Deutsch-Italienische Versöhnung?

Rom ist skeptisch

Rom, 5. Oktober 1934.

Die Rückkehr des deutschen Botschafters beim Quirinal, des Herrn von Hassel, nach Rom gibt Anlaß dazu, daß die Gerüchte stärker werden, die seit etwa zehn Tagen im Umlauf sind und auf Grund derer die Reichsregierung beschlossen haben soll, Italien mehrere Vorschläge zu machen, um eine Entspannung zwischen Deutschland und Italien herbeizuführen und die Beziehungen zur italienischen Regierung zu verbessern. Die Vorschläge sollen sich vor allem auf die österreichische Frage beziehen.

Wie es heißt, habe die Dittlerregierung in Rom zu verstehen gegeben, sie wolle sich verpflichten, während eines Zeitraumes von zehn Jahren keinerlei Anschlußbestrebungen zu begünstigen unter der Bedingung, daß andererseits Italien sich nicht der Forderung widersetzen würde, daß in Desterreich allgemeine Wahlen unverzüglich stattfinden und daß, falls sich eine Majorität ergebe, Rom mit einer nationalsozialistischen Regierung in Wien einverstanden wäre.

Angesichts der Wichtigkeit dieser Meldungen, die besonders aus deutschen Kreisen in Rom stammen, erscheint es angebracht, zu betonen, daß die amtlichen italienischen Kreise erklären, nichts von diesen Dingen zu wissen, und sich sehr skeptisch über die Wahrscheinlichkeit dieser Informationen äußern.

Das Neueste

Die Untersuchungsorgane des Lindbergh-Falles entdeckten in einem Koffer, der sich bei Hauptmann befand, Karten, die über die Lage des Lindbergh-Daules Auskunft geben.

Zum dritten Male in diesem Jahre wird Lille der Schauplatz einer öffentlichen Hinrichtung sein. Am Samstag früh wird der polnische Arbeiter Gals, der wegen Bergamahlung und Ermordung eines elfjährigen polnischen Mädchens zum Tode verurteilt worden war, dem Fallbeil überantwortet werden, nachdem der Präsident der Republik von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat.

In einer neu-sozialistischen Wahlversammlung von London wurde ein Arbeiter, der gegen den Kandidaten

der Neu-sozialisten sprechen wollte, ausgepöfien. Aus Wut hierüber zog er einen Revolver und gab mehrere Schüsse ab, die zwar niemanden trafen, aber eine Panik auslösten, bei der mehrere Versammlungsteilnehmer verletzt wurden. Der Täter ist verhaftet worden. — In einem Wahlzwischenfall kam es auch in einer Ortschaft bei Beauvais, wo der sozialistische Abgeordnete Uhr, der das Wort erhalten hatte, von seinen politischen Gegnern geschrieft wurde. Bei der darauf sich entwickelnden Schlägerei wurden mehrere Personen, darunter Uhr selbst, verletzt.

„Le Jour“ meldet aus Bordeaux, daß an Bord des spanischen Dampfers „Turquesa“, der wegen falscher Zollerklärung im Hafen von Bordeaux polizeilich überwacht wird, 20 Maschinengewehre, mehrere tausend Gewehre und viele Rifen mit Munition festgehalten worden sind. Angeblich handelt es sich um einen für Anwerben bestimmten spanischen Transporter, der in Wirklichkeit jedoch nach Portugal gehen dürfte.

„Freiheit! Freiheit! Freiheit!“

Max Braun spricht vor den Antifaschisten von Paris

A. Ph. Paris, den 6. Oktober 1934.
(Eigener Bericht der „Deutschen Freiheit“)

Am Dienstagabend hatte Max Braun in Paris zu den deutschen Emigranten gesprochen. Am Mittwoch fanden sich in der Salle Wagram, einem der größten Versammlungsräume der Stadt, tausende Männer und Frauen von Paris, sozialistische, kommunistische, katholische Antifaschisten, die sozialistischen Roten Kämpfer und die kommunistische Jugend ein, um in Max Braun alle beidseitigen Freiheitskämpfer an der Saar zu ehren.

Vor dem Beginn des Saales drängten sich hunderte vor dem Eingang. Als unser Freund den Saal betrat, erhob sich die Menge spontan von ihren Plätzen und sang mit zum Freiheitsglocken erhabenen Klängen die Internationale. Zum Glück wieder mußte sich Max Braun an der Brüstung der Tribüne setzen, um für den wahrheitsgemäßen Empfang zu danken.

Leon Vonguet, der Enkel von Karl Marx, eröffnet die Kundgebung. Als er verkündet, daß das französische Proletariat mit seinen heißen Wünschen die Kämpfe der Freiheitsfront begleitet, rückt Beifall auf, und dieser wird noch stärker, als Vonguet die Hoffnung ausdrückt, daß sich das deutsche Volk bald selbst von Hitler befreien wird.

Prinz Dohenslohe Vonguetburg lehnt als deutscher Katholik den Hitlerismus ab, dessen Neubeitend ein Zerschlagung des Christentums sei.

Kurt Venz dankt für den Bund der republikanischen Auslandsdeutschen Max Braun als dem Manne, der die Einheitsfront an der Saar verwirklicht hat.

Dann soll Braun selber reden. Aber das ist nicht so einfach. Bevor er noch das erste Wort beginnt, erhebt sich wie bei seinem Eintritt in den Saal die Zuhörerstimme, die Kräfte recken sich empor, französisch, italienisch, deutsch ertönt es im Mäkkendor:

„Volter, höret die Signale,
Auf zum letzten Geleht!
Die Internationale
Erfämpft das Menschenrecht!“

Freiheitsglocken erklingen, Hochrufe auf die deutschen Freiheitskämpfer an der Saar brausen durch den Saal, die Begeisterung will nicht enden.

Dann spricht Max Braun von dem Kampf der Einheitsfront gegen den Hitlerterror, schildert die Verden der Freiheitskämpfer, deren Brot und Leben von den Saarnazis und ihren Hintermännern im Reich bedroht ist. Und dommt er aus, ist unter laut angebrochen. Lieber auf den Barrikaden herbei, als in Hitlers Konzentrationslager verderben! Braun spricht deutsch, und nur ein kleiner Teil seiner Zuhörer kann ihn verstehen; aber unten im Saal hängt man an seinen Lippen, lauscht man ihm atemlos. Hier und da sitzt einer, der die deutsche und die französische Sprache beherrscht, und man überlegt dem Nachbarn schnell die markantesten Stellen der Rede, die von der lauten Zustimmung der Versammlung unterbrochen werden.

Max Braun spricht vor Franzosen und er findet Verständnis bei ihnen, als er den deutschen Charakter der Saar hervorhebt und die Hoffnung hinzufügt, daß der Tag der endgültigen Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland naht, ein Tag, für das die Freiheitsfront an der Saar kämpft. Heiße Liebe zum wahren Deutschland belebte sie, und weil ihre Anhänger Deutschland liebten, darum sei es ihr Ziel, am 13. Januar Hitler und damit das unheimliche Wesen, das Deutschlands Ansehen schände, vernichtend zu schlagen.

Braun hat geendet. „Freiheit! Freiheit! Freiheit!“ hallt es laut durch den Saal; wieder ertönt die hinreißende Melodie der Internationale. Als sich der stürmische Beifall gelegt hat, gibt Kurt Venz in französischer Sprache einen Auszug aus der Rede.

Von den französischen Kommunisten kommt das Mitglied der Kammer Duclos zu Wort, er ebenso wie ein österreichischer Kommunist überbringen der saarländischen Einheitsfront die Grüße ihrer Freunde.

Der sozialistische Deputierte Natouilly betont, seine Partei stehe von heute im Kampf gegen jede Erscheinungsform des Nationalismus. Die Saar sei deutsch und müsse deutsch bleiben, aber sie dürfe nicht hitlerisch werden. Wenn der Hitlerjüngling verfloren sei, dann müsse sie wieder zu Deutschland zurückkommen.

Abermals erbraut der Gesang der Internationale und die Kundgebung ist beendet. Sie hat bewiesen, daß die französischen Antifaschisten wissen, um was es am 13. Januar an der Saar geht: daß dort Hitler ein tödlicher Schlag beibringen werden muß, von dem er sich nie wieder erholen wird und kann.

Branting

Ein Kämpfer für Freiheit, Wahrheit und Recht

Von dem Welthilfskomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus erhalten wir folgende Mitteilung:

In der „Deutschen Front“ vom 2. September, dem offiziellen Organ an der Saar, wird der vom Welthilfskomitee nach der Saar entsandte Unterhubsungsausschuß über den Naziterror auf das heftigste angegriffen. U. a. wird behauptet, daß Georg Branting als Marxist selbstverständlich für die Separatisten sei. Senator Georg Branting hat auf Anfrage hierzu folgendes erklärt:

„Als Marxist bin ich selbstverständlich gegen Hitler. Das Saargebiet, an die Hitlerdiktatur auszuliefern, heißt Hunderttausende von Wehrlosen den blutigen Verfolgungen des Nationalsozialismus in die Hand zu spielen. Das Saargebiet ist unzweifelhaft deutsch. Das bedeutet nicht, daß es hitlerisch sein will und sein muß. Die Angriffe der nationalsozialistischen Presse werden mich nicht hindern, in einer Front mit den Anhängern des Status quo zu stehen, wie sie mich nicht gehindert haben, im Reichstagsbrandprozeß auf der Seite der Wahrheit zu stehen.“

Bürckel prahlt

Der Beherrscher der Pfalz, Bürckel, der gleichzeitig Reichskommissar für das Saargebiet ist, läßt sich als „großer Mann“ veranlaßt, der Brüsseler Zeitung „L'Étoile Belge“ eine Unterredung zu gewähren. Bürckels Erzählungen lauteten folgendermaßen:

„Auch wenn wir nicht den kleinsten Finger rühren würden, bekämen wir am 13. Januar eine Mehrheit, aber das genügt uns nicht. Wir wollen einen triumphalen Volksentscheid. Mit ihren Uebertreibungen zwingen uns unsere Gegner, uns voll einzusehen, um der ganzen Welt die Richtigkeit ihres Geredes zu beweisen. Man möchte zu gern, daß wir mit gekreuzten Armen die Verleumdungen über uns ergehen lassen, aber eine solche erhabene Haltung wollen wir nicht einnehmen.“

Die Prahlereien Bürckels über den angeblichen „triumphalen Volksentscheid“ zugunsten Hitlers sind natürlich nicht ernst zu nehmen. Die Antifaschisten an der Saar werden ihm den „Triumph“ schon sehr verderben.

Aber interessant ist ganz was anderes. Der Korrespondent des belgischen Blattes bemerkt in der Einleitung des Interviews, daß bei der letzten Dittterwahl in dem Bezirk, wo Bürckel sein Hauptquartier aufgeschlagen habe, 96 Prozent Ja-Stimmen abgegeben worden sind. Der ahnungslose Belgier fügt, von Bürckel entsprechend instruiert, hinzu, daß dieser Umstand allein den Bürckel für sein hohes Amt als Reichskommissar für das Saargebiet qualifiziere.

Wie soll man eigentlich diese Worte verstehen? Wir wissen ja — darüber hat'en gerade wir in der „Deutschen Freiheit“ sehr ausführlich hergehelt — daß die Wähler in der Pfalz unter härtestem Terror hatigelunden haben, wobei sich der ehrenwerte Reichskommissar vor offensichtlichen Häufungen der Wahlergebnisse nicht scheute. Also das sollen die Qualitäten sein, die diesen Mann für den Abstimmungskampf an der Saar besonders geeignet machen? Es sind eigenartige Qualitäten.

Zu abrigen: Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Abstimmungslisten an der Saar nicht in Ordnung sein können. Sollte dieser Umstand vielleicht auf die besondere Qualifikation des Reichskommissars zurückzuführen sein?

„13. Januar letzte Frist“

Ein Berliner Dementi

Berlin, 6. Okt. Das „Berliner Tageblatt“ bestätigt, daß sich deutsche Abgesandte nach Genf begeben haben, um nach den Ereignissen, die sich dort abspielten, die Stimmung zu erkundigen. Es sei nicht wahr, daß sie wegen der Saarabstimmung verhandeln wollen. Der 13. Januar, der für die Saarfrage festgelegt wurde, bedeute die letzte Frist.

Saargebiet 1935

Der Kampfgeist schloß die Arbeiterkolonnen zur Einheitsfront. Des Volkes Freiheitskämpfer gegen Faschismus wird im Saargebiet begonnen. In Deutschland aber erst beendet und gewonnen. Mit der Eroberung der Macht.

Des Saarvolks Stimme wird den Status quo gestulpen Als Mauer gegen Barbarei.

Des Saarvolks Stimme ruft ein „Halten“ Entgegen brannen Nordgewalten. Mit seinem ersten Freiheitschrei.

Thomas Gd.

Saarbrücker Moraltheologie

Die „Neutralität“ des Katholizismus

Die „Saarbrücker Zeitung“ hat einen Befehl erhalten. Sie soll nicht länger mehr schweigen, wenn die bösen Blätter der Freiheitsfront gegen das Eindringen Hitlers ins Saargebiet etwas zu melden haben. Befehl ist Befehl! So erleben wir denn jetzt tagtäglich eine bis zwei Spalten Polemik gegen die „Deutsche Freiheit“ in der „Saarbrücker Zeitung“. Anhänger der überlebten humanitären Ideale, haben wir einige Willkürgründe für den Autor des genannten Blattes, wenn seine Antworten meistens sehr gehen. Wie lange ist es her, daß er ein etwas kurzatmiger Revuekolumnist war, mit offen zur Schau getragener Vorliebe für den Kulturvolkschweismus, mit jüdischen Freunden in der Literatur und im privaten Leben eines Saarbrücker Journalisten! Jetzt trägt er den ehernen Harnisch mit dem Salzkreuz, manchmal etwas leuchtend wegen des barten Trufes auf der Brust. Er darf aber nicht verzagt erscheinen. Ein kräftiger Hieb auf den Rücken, ein Gedanke an die spätere Position, und er steht wieder gerade.

Seine Feder hat jetzt angelegt, um der „Deutschen Freiheit“ zu beweisen, daß die katholische Kirche — im Gegensatz zu unserer Meinung — in diesem Abstimmungskampf nicht „neutral“ sein dürfe. Warum nicht? Der Katholizismus habe, so schreibt der Polemiker der „Saarbrücker Zeitung“, „die gottgewollte, blutmäßige, geschichtlich-kulturelle Verbindung des Saargebietes mit Deutschland zu schützen und zu vertreten“. Mehr noch! Selbst wenn alles wahr wäre, was über die Lage des Katholizismus in Deutschland „zusammengelogen“ werde — selbst dann... Man kenn den Tenor. Ein katholischer Arbeiterführer an der Saar hat vor einiger Zeit gesagt, sein „Gewissen“ gebiete ihm, selbst dann für die Rückgliederung an der Saar einzutreten, wenn hier statt Hitler Thälmann herrsche...

Der Polemiker der „Saarbrücker Zeitung“ hält sich an die katholische Moraltheologie. Hier kann man, ihre Weisheiten leicht andrücken. Halten wir uns an etwas Konkretes: an den Paps, an seine Enzyklika und an das Hirtenschreiben der deutschen Bischöfe, das auf der Fuldaer Bischofskonferenz angenommen, aber von der Gestapo nicht zugelassen wurde. Hier findet der frischegebadene Moraltheologe der „Saarbrücker Zeitung“ lange Partien, die sich mit Volkstum, Nation und Blut und Boden beschäftigen. Immer wieder, mit dem höchsten ethisch-moralischen Gewicht, wird hier gesagt, daß es für den Katholiken noch höhere Werte gebe als diese. Sie werden übertragt von der Verantwortlichkeit vor Gott und dem religiösen Gewissen, von der Liebe zum Menschen und zu dem Recht seines Glaubens. So steht also die Frage! Wenn wir, unter Berufung auf die Bekenntnisse der höchsten Kirchenaufsicht, nur verlangen, daß sich der Katholizismus im Saartkampf „neutral“ verhalten müsse, so scheint uns dies eine Mindestforderung zu sein. Wir können uns vorstellen, daß religiösere Leute als wir vom Katholizismus offene Parteien gegen die Rückgliederung an ein Land des Unglaubens, des Neubeitendums, der brutalen Vernichtung des Menschenlebens und der Schändung der Menschenwürde beanspruchen. Nicht nur um des Glaubens, sondern gerade auch um Deutschland willen.

Nun hat der Polemiker der „Saarbrücker Zeitung“ eine Lesefrucht zu Hilfe genommen, die er im Briefkasten der „Deutschen Freiheit“ entdeckte. Hier war neulich von jungen Katholiken die Rede, die nach Schriften von Karl Marx fragten. Vorne tropften wir, so heißt es nun in der „Saarbrücker Zeitung“, vor Angst um das Seelenheil der Katholiken, hinten aber freuten wir uns über die „marxistische Infiltration“ katholischer Jugend. Dies letztere dürfte andernfalls keine Artum sein. Wir berufen uns nicht darauf, daß es katholische Theologen gab und noch gibt, die sich intensiv mit dem Marxismus beschäftigen und diese gewaltige Schau der sozialökonomischen Phänomene nicht laut genug rühmen konnten. Wir erinnern an den verstorbenen Pfarrer Pöhoff, an den lebenden Professor Steinbüchel in Wieseln, an viele andere, deren Namen der Herr von der „Saarbrücker Zeitung“ gewiß nie gehört hat.

Aber stellen wir uns einmal auf seinen Standpunkt der Moraltheologie. Wir machen ihm den Vorschlag, ein Konzillium katholischer Priester einzuberufen, mit der Aufgabe, Seite um Seite nachzuprüfen, wo die religiös-moralischen Inhalte des Katholizismus besser gewahrt werden: in Hitlers „Mein Kampf“ oder in Karl Marxs „Kapital“. Sollte sich dann ergeben, daß der Jude aus Trier der göttlichen Verwirklichung ewigen Menschenanspruchs auf der Erde mehr bedient hat als Hitler, der Taufschick katholisch, so bitten wir sehr um Entschuldigung. Unser „marxistischer Herrgott“ — so nennt ihn die „Saarbrücker Zeitung“ — ist gern bereit, ihren Artikelreiber liebend in sein Reich einzuschließen. Denn dieser Mann verdient, nach den Grundsätzen der materialistischen Geschichtsauffassung, jede nur denkbar milde Behandlung: er dient in Treue den Herren, die ihm die ökonomische Basis für seine leibliche Existenz gegeben haben.

Judenboykott

Saarbrücken, den 6. Oktober 1934.

Gestern haben sich in St. Wendel die Vorgänge abgepielt, die jeden Augenzugegen an den Ausbruch des „dritten Reichs“ erinnern mußten. Die Firma Stein in St. Wendel erkrankte einen Totalausverkauf ihrer Waren. Der Andrang des kaufwilligen Publikums war außergewöhnlich stark. So daß sich vor dem Geschäft eine große Menge häute. Auffallend stark waren in dieser Menge die gläubigen Anhänger der braunen Front, die sich offenbar vor dem Anschluß an das Land der Erlasshoffe mit den echten Textilwaren einzudecken beilieten. Plötzlich tauchten mehrere Nationalsozialisten auf, die die Menge im Beisein auf forderten, keine Waren bei der jüdischen Firma zu kaufen. Als dieser Aufforderung keine Folge geleistet wurde, zog einer der Nazis aus seiner Tasche ein Dittterbild. Er zeigte dieses Bild nach allen Seiten und wiederholte die Aufforderung, keine jüdischen Waren zu kaufen: „Der Führer will das!“ Eine Frau erwiderte: „Der Führer will das gar nicht. Bloß Ihr wollt das.“ Eine andere Stimme bemerkte: „Wir sind noch nicht im „dritten Reich“.“

Diese Verusche, die Käufer einzuschüchtern, wiederholten sich im Laufe des Vormittags sowie am Nachmittag. Das Publikum ließ sich jedoch nicht aufhalten und beharrte auf dem Standpunkte, daß wir noch nicht im „dritten Reich“ sind. Einer anderen Auffassung waren offenbar die Herren Vandjäger, die die ganze Zeit mit olympischer Ruhe diesen unerhörten Unfug angesehen haben. Sind wir schon soweit, daß die Organe der Regierungsgewalt die barbarischen Unsitzen des „dritten Reichs“ als Recht und Gesetz ansehen?

Noch drei Danziger Katholiken

Auch in einem Völkerbundslande

Danzig, 5. Okt. Der katholische Bischof von Danzig, C. Bourke, hat einen Protest an den Völkerbunds-Kommissar und an den Paps im Namen der 150 000 Danziger Katholiken gefandt, die 37 Prozent der Bevölkerung Danzigs ausmachen.

In dieser Protestnote wird der Terror des von den Nazis beherrschten Danziger Senats gegen die katholische Bevölkerung des Danziger „Freistaats“ enthalt. Es wird mitgeteilt, daß der nationalsozialistische Senat in seinem Feldzug gegen die katholischen Werkstätten u. a. sämtliche Organisationen der katholischen Jugend verboten hat und ihre Mitglieder durch alle nur erdenklichen Zwangsmahnahmen in die nationalsozialistischen Organisationen zu pressen verucht.

Die Marktwirtschaft ist da

Stammabschnitt mit vier Bezugsscheinen für Haushaltmargarine und zwei Reichsverbilligungsscheinen für Speisefette

Abtrennen der Abschnitte nur durch den Verkäufer und nur bei Abgabe der angegebenen Warenmenge

A. Bezug von Haushaltmargarine:

Haushaltmargarine hat nur von einseitigen Verkaufsstellen mit Ausnahme von Einzelreisgeschäften, und zwar nur in Packungen zu 1 Pfund oder 1/2 Pfund mit der Aufschrift „Haus-haltmargarine“ Abgabe nur gegen Bezugschein in einem Kleinfassungsverbehälter von 1/2 Pfund zu 1/2 Pfund, verkauft werden. Die Abgabe von Haushaltmargarine darf nur erfolgen, wenn der Bezugschein, mit dem Stammabschnitt verbunden, der Verkaufsstelle vorgelegt wird. Der Verkauf darf nicht davon abhängig gemacht werden, daß andere Waren als Haushaltmargarine abgenommen werden.

Die Abgabe von Haushaltmargarine ist können abhängig g. daß der Bezugsberechtigter sofort den Stammabschnitt bei der Verkaufsstelle vorlegt, die den Stammabschnitt an der hierfür vorgesehenen Stelle mit dem Firmenstempel versehen und den Bezugschein abtrennt.

Bestellschein entnommen

DON

(Stempel oder Unterschrift)

B. Verbilligung für Speisefette:

Beim Bezug von Speisefette wird beim Einkauf von mindestens 1/2 Pfund Butter, Käse, Schmalz, Margarine, Speisefett, Speiseöl, Speiseessenz, Speiseessig oder Speiseessig eine Verbilligung von 1/2 Pfennig gewährt. In diesen Waren dürfen auf diese Scheine nicht abgegeben werden.

Bezugschein für 1/2 Pfd. Haushaltmargarine

3

Gültig für Oktober 1934

Bezugschein für 1/2 Pfd. Haushaltmargarine

4

Gültig für Oktober 1934

Reichsverbilligungsschein für Speisefette

Gültig in der Zeit vom 1. Sept. bis 31. Okt. 1934

Abkennnt erfüllt nach letztem Gültigkeitsdatum. Der Verkaufsstelle hat den Abkennnt bis zum 31. Dezember 1934 dem zuständigen Finanzamt (Finanzamt) zur Einlösung vorzulegen. Die Einlösung ist ungeschlüsselt.

Sorgfältig aufbewahren! Für Verlust wird Ersatz nicht geleistet!

Bezugschein für 1/2 Pfd. Haushaltmargarine

1

Gültig für September 1934

Bezugschein für 1/2 Pfd. Haushaltmargarine

2

Gültig für September 1934

Reichsverbilligungsschein für Speisefette

Gültig in der Zeit vom 1. Sept. bis 31. Okt. 1934

Abkennnt erfüllt nach letztem Gültigkeitsdatum. Der Verkaufsstelle hat den Abkennnt bis zum 31. Dezember 1934 dem zuständigen Finanzamt (Finanzamt) zur Einlösung vorzulegen. Die Einlösung ist ungeschlüsselt.

Die Rückseite der „Festkarte“:

Volksgenosse! Die Reichsregierung will Deutschlands verhängnisvolle Abhängigkeit vom Auslande in der Fettversorgung überwinden, dem Bauern, dem Blutsquell unseres Volkes, helfen und nicht zuletzt durch Gesundung der Bauernwirtschaft für Handel und Gewerbe auf natürlichem Wege Arbeit schaffen.

Diesem großen Ziel dient auch dieser Schein. Er soll die für die Fetterzeugung im Inlande notwendigen Preise den minderbemittelten Volksgenossen erträglich machen. Volksgenosse, hilf mit am großen Werk! Verhindere jeden Mißbrauch des Bezugscheins!

Ein sprechendes Dokument aus dem „dritten Reich“. Das hat Hitler Deutschland in einem halben Jahre geführt. Was erinnert es nicht an die schlimmste Notzeit des Krieges? Der Lebensstandard sinkt von Woche zu Woche. Millionen müssen unter dem Existenzminimum leben. Margarine und andere Fette sind gewaltig im Preise gestiegen, sind für Unzählige unerreichbar geworden. Aber selbst

das Wenige, das den Kernsten verbilligt zur Verfügung stehen soll, ist nicht mehr zu haben. Die vorliegenden Bezugsscheine Nr. 1 und 4 sind auf Haushaltmargarine ausgestellt. Die Behörden haben aber bereits durch die Zeitungen bekanntgegeben, daß an Stelle von Margarine Marmelade verabreicht wird.

Cortez vernichtet die eigene Flotte

Episode aus des Cortez Leben

Erzählt von Heinz Wielek

„Nur ein Häubchenmann war er, Der ins Buch des Ruhmes einstrich Mit der eignen frechen Faust. Seinen frechen Namen: Cortez.“
(Aus Heinrich Heines „Witzspiegel“.)

Hernando Cortez war mit seiner kleinen Truppe in Cempoala angekommen. Immer härter schallte ihnen der Ruf des Aztekenherrschers Montezuma in die Ohren. Man sah Abgesandte des Kaisers, Geiseln von solcher Pracht und Großartigkeit, daß man an Traumgebilde glaubte. Ueberall sprach man von jenem, dem Mächtigen, dem Beherrher vieler Länder und Stämme, mit gesenkter Stimme, in der Schreck und Erbitterung zitterten, in der Stolz flammte. Montezuma war der Unbesiegbare, der umgeben von den Königen des Landes, in seinem Wunderpalast inmitten der Hauptstadt lebte. Heere standen ihm zur Verfügung und warteten auf seinen Befehl. Zehntausende und Zehntausende.

Und dies Land wollten sie sich aneignen, die paar hundert Cortez-Soldaten? Sie beispötelten sich selbst und ihre Unternehmung. Wohl war in ihnen die Gier nach Gold noch wie vor. Wohl jagte sie diese unverlöbliche Gier weiter und weiter. Aber standen nicht am Ende des Weges Verderben und Tod? Was sollte alles Gold des Raublandes, wenn die Sichel des grinsenden Todes sie traf? Langsam bemächtigte sich Furcht ihrer Herzen, wuchs, raubte ihnen in jeder Minute des Tages und der Nacht die Muße. Kurz vorher hatten sich einige der Soldaten unter Führung des Priesters Juan Diaz gegen Cortez gewandt. Das Wagnis schien ihnen zu groß. Die Gefahr zu schrecklich. Sie wollten sich eines ihrer an der Küste liegenden Schiffe bemächtigen und in aller Eile nach Cuba fahren, um dort dem Statthalter ihr Leid zu klagen. Cortez hatte kurz vor der Ausführung dieses Planes davon erfahren und mit aller Härte die Schuldigen bestraft. Doch war er klug genug, um zu wissen, daß Meuterei und Rebellion das die Furcht vor dem Kommenden und die Zehnmal nach Heim und Familie nicht so rasch aus den Herzen seiner Soldaten zu vertreiben waren. Was sollte er tun? Ein so großartig begonnenes Unternehmen, das mit der Eroberung Mexikos enden sollte, wollte und konnte

er nicht aufgeben. Ingeheim gab er seinem Feldzug eine ethische Begründung. Dem spanischen Kaiser, dem Gedanken des Christentums mußte das Heidentum weichen. Er, Hernando Cortez, hatte dies christliche Werk durchzuführen. Mit dieser Begründung seines Beginns tröstete, beruhigte er sein Gewissen. Denn was ihn trieb, war — wie bei seinen Soldaten — krankhafte gesteigerte Gier nach Ruhm und die fressende Lust nach Gold.

Jetzt umkehren? Dabei gleich einem Narren verspottet werden? Für immer in Vergessenheit und Armut versinken? Nein! Nein, nein! Alles, nur nicht das! In schlaflosen Nächten waren wahnwitzige, tollkühne Gedanken in ihm aufgestiegen, sahen sich und erfüllten ihn: Ich muß, ich werde dies Land erobern. Ich, Hernando Cortez, werde vordringen!

Von der Heimat war er abgeschnitten. Vor sich hatte er ein mächtiges Reich, das sich mit allen Mitteln verteidigen würde. Cortez hatte eine im Vergleich zu den Nachmitteln des Feindes winzige Schaar von Soldaten um sich. Mit diesen mußte er siegen. Immer wieder überfiel Cortez die Furcht vor der Rebellion seiner Soldaten. Er mußte dem jetzt, sofort — für immer vorbeugen. Für immer wollte er das Vorbild wankelmütiger Krieger vereiteln und unmöglich machen. Wie aber, wie...? Die härtesten Strafen waren nutzlos und wurden später von den andern doch wieder vergessen.

Und da reifte in Cortez ein Plan, der, wäre Cortez in der Folgezeit besiegt worden, wahnwitzig genannt worden wäre. Er beschloß, von den zehn Schiffen seiner eigenen Flotte neun zu vernichten und so seinen Soldaten den Rückzug, den Weg nach Hause abzuschneiden. Einige seiner Vertrautesten überredeten durch Geschenke die Köpfe, einen Bericht von der Unverwundbarkeit der Schiffe anzufertigen. Nachdem Cortez diese Nachricht über den schlechten Stand seiner Flotte erhalten hatte, tat er höchst verwundert und rief aus: „Ist denn so, so müssen wir wenigstens retten, was wir können! Des Himmels Wille geschehe!“

Auf seinen Befehl wurden also die neun Schiffe versenkt. Tauwerk, Segel, Eisenwerk ließ er an Land und in Sicherheit bringen.

Sald erfuhr die Soldaten von diesem Geschehnis. Alle noch im Tiefsten flackernde Hoffnung wurde mit grausamer Wucht zerstört. Jetzt mußten sie vorwärts, dem Feinde entgegen stehen, gegen eine unerbittliche Uebermacht streiten. Untergeben oder siegen! Eine andere Möglichkeit war nicht mehr vorhanden. Die eigenen Schiffe waren vernichtet.

Erwerbslose werden geneppt

Ohne „Heil Hitler!“

Das Arbeitsamt Hamburg veranlaßt mich vor etwa einem Jahr, in die „Deutsche Angestellten-Gesellschaft“ einzutreten, da anderenfalls meine Stellenvermittlung sofort gesperrt würde. Als Mitgliedsbeitrag wurde mir 0,50 RM. pro Jahr angegeben. Nachdem ich diesen Betrag entrichtet hatte, teilte man mir einen Monat später mit, daß ich monatlich 0,30 RM. zu bezahlen habe. Dieser Betrag wurde auf 0,20 RM. ermäßigt, unter der Voraussetzung, daß ich jeden Monat eine eidesstattliche Versicherung abgibt, keinerlei Nebenverdienst gehabt zu haben und keinerlei Zuwendungen, Unterhaltungen und Freizeiten erhalten zu haben. Nachdem ich jetzt Deutschland seit zwei Monaten verlassen habe, erhalte ich eine Rechnung für zwei Monatsbeiträge in Höhe von 1,20 RM. zuzüglich 0,15 RM. Bezugsgebühren und Porto. Demnach ist der Monatsbeitrag für „erwerbslose Kameraden“ jetzt auf 0,60 RM. erhöht worden. Man sieht sich also nicht, auch die Erwerbslosen noch zu neppen.

Nach Ablauf dieser Frist sind wir verpflichtet, die fälligen Beiträge durch Zahlungsbefehl einzuziehen.“ Beachten Sie bitte, daß die Aufforderung nicht mit „Heil Hitler!“ unterzeichnet ist. Von allerhöchster Stelle ist nämlich angeordnet worden, daß der „Deutsche Gruß“ in Mahnschreiben nicht verwendet werden solle, da er in diesem Zusammenhang geeignet sei, „das moralische Empfinden des deutschen Volkes zu verletzen“.

Überall Zuzugssperre

Das Abschieben von Erwerbslosen

In Hannover befürchtet man, daß die für Berlin, Hamburg und Bremen ausgesprochene Sperre des Zuzugs von arbeitsuchenden Arbeitern und Angestellten zur Folge haben könnte, daß der Wanderstrom aus dem Westen nach Berlin und der Wanderstrom aus dem Süden nach den Seehäfen in Hannover haltmacht. Die Stadt warnt daher in einer Veröffentlichung dringend vor einem Zuzug. Daraus, daß die Zuzugssperre für Hannover nicht verhängt worden sei, dürfe nicht geschlossen werden, daß dort leichter Arbeit zu finden sei. Wer dennoch in Hannover zuziehe und, weil er keine Beschäftigung finde, um Unterstützung bitten müsse, der müsse sich darüber klar sein, daß ihn das Arbeitsamt, wenn er überhaupt Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung habe, höchstens vier Wochen unterstützen könne und daß das Wohlfahrtsamt für Zuziehende, falls es überhaupt mit Geld unterstütze, stark ermäßigte Richtsätze anwende.

Vernichtetes „Brauchtum“

Köener SC. rebelliert

Berlin, 6. Okt. Sofort nach der Veröffentlichung des Erlasses über die Neuordnung der studentischen Ordnung hat der Köener SC., der einflussreichste und wichtigste Verband der deutschen Concurstudenten, einen außerordentlichen Kongress einberufen. Der heute veröffentlichte Kongressbeschluss wendet sich mit außerordentlicher Schärfe gegen Hitlers neueste Reform. Es heißt da unter anderem: „Die Anordnung vernichtet wertvollstes, ganz auf deutschem Boden gewachsenes und gewachsenes Brauchtum; sie vernichtet die in dem deutschen Waffensstudententum verankerten Werte; sie zerstört die studentische Selbstverwaltung in ihren gesunden und ursprünglichsten Zellen und setzt an ihre Stelle eine formale Bürokratie... An Stelle der Freiwilligkeit der Leistung treten Zwang und Befehl... Die Anordnung verstößt gegen die Verfassung der deutschen Studentenschaft. Sie widerspricht darüber hinaus den Worten des Führers, daß Revolution nicht heiße, alles zu zerstören um jeden Preis, daß sie gegebener Werte sich nicht zu schämen brauche und daß Organisieren immer ein notwendiges Uebel, im besten Falle Mittel zum Zweck und im schlimmsten Falle Selbstzweck sei...“

In ohnmächtigem Jorn ballten sie die Fäuste, verfluchten den mexikanischen Feldzug und jenen Mann, der sie hierhin geführt und ihnen nun ihre letzte Hoffnung genommen hatte: „Wie dich hat er uns zur Schlachtbank getrieben!“, klagten sie ihren Befehlshaber an.

Cortez hatte mit diesem Jorn gerechnet. Sein Plan war bis ins Letzte durchdacht und in seiner spanischen Folgerichtigkeit unerschütterlich.

Er hielt seinen Soldaten eine feurige Ansprache. Er las ihnen den Bericht der Posten vor, in dem sie ihm über die Unverwundbarkeit der Flotte Mitteilung gemacht hatten. Er erinnerte die Soldaten daran, daß er den größten Verlust mit der Vernichtung der Schiffe hatte, da sie von seinem Geld gekauft worden seien. Außerdem seien sie jetzt um hundert tapfere Männer härter geworden, die bisher als Schiffbesatzung notwendig gewesen waren. Und wenn die Flotte tatsächlich noch brauchbar gewesen wäre, was hätten sie davon? Sie waren zu weit entfernt von ihr, um sie, wenn sie in die Nacht geschlagen würden, jemals gebrauchen zu können. Wenn sie aber Sieger blieben, dann würden ihnen alle Nachmittage und alle Wege offen... Und Cortez beendete seine Rede mit diesen Worten:

„Was mich betrifft, so habe ich mein Teil erwählt. Ich werde hier ausharren, so lange nur noch einer bei mir bleibt. Gibt es einige Feige unter euch, die Abstand nehmen, die Gefahren unseres ruhmwürdigen Unternehmens zu teilen, so laßt sie in Gottes Namen nach Hause gehen. Es ist noch ein Schiff übrig, mögen sie es nehmen und nach Cuba zurückkehren. Sie mögen dort erzählen, wie sie ihren Befehlshaber und ihre Gefährten verlassen haben und ruhig warten, bis wir, mit der Deute der Azteken beladen, heimkehren.“

Cortez' Rede warf alle Bedenken der Soldaten zurück. Sie drang in sie ein. Wieder wachten die schlummernden Gedanken in ihnen auf. Wieder entbrannte die Gier nach Gold. Wieder schlossen sie sich zusammen, und wieder einigte sie der Ruf: „Nach Mexiko! Nach Mexiko!“

Der Erfolg des Hernando Cortez war vollständig. Er hatte seine Soldaten dorthin gebracht, wo er sie haben wollte, wo sie ihm bedingungslos Gefolgschaft leisten mußten. Nichts war es jetzt für sie — außer dem Sieg. Zwischen Sieg und Tod im fremden Land war nichts... Und in kühnem Wagemut führte er seine kleine Truppe weiter, weiter ins Innere des Aztekenreiches, zu Kampf und Frevelaten, zu Gold und Ruhm.

„Deutsche“ Lyrik

Emigrierte Satiriker, hängt Euch auf! Schießt Euch eine Kugel durch den Kopf! Nehmt Zyankali oder Veronal! Denn Ihr werdet bald brotlos sein! Das, was sie selbst machen, die Herren des „dritten Reiches“ und ihre Trabanten, einerlei, ob Führerreden, Theaterstücke oder Lyrik, das könnt Ihr nicht erfinden! Was sind die satirischen Gedichte eines Walter Mehring, eines Erich Weinert gegen das, was jenseits des Rheins an echter deutscher Lyrik versapft wird.

Beispiele gefällig? Wir haben unbesehen aus dem „Angriff“, dem Blatt des Doktor Goebbels, der der Schutzherr der deutschen Literatur ist, 7 Gedichte ausgewählt, Gedichte, von denen, die während der berühmten 14 Jahre von Marxisten und Juden beharrlich totgeschwiegen wurden, obwohl oder weil sie so begabt sind, so begabt . . .!

„In großer Zeit“, heißt eins, es ist von Herrn Eberhard Clemen, und es geht so:

„Das sind die rettenden Gebete:
Wenn einer Stein zum Bauern karret,
Und besser noch, als daß sie flehte,
Wird Hand an Pflug und Hammer hart.“

Und so steht eine Zeit gewendet:
Es werden welche gläubig sien,
Auch wenn sie nicht ins Ernten gehen
In ihnen hat sich Gott gesendet

Die Hände welken hin im Beten,
Gott wurde wieder eisenhart,
Er will, daß wir zum Werke treten . . .
Wohl dem, der Stein zum Bauern karret.“

Wirklich, so steht es wörtlich da. Sinn? Den haben sie im „dritten Reich“ ohnehin abgeschafft. Und das Deutsch haben die Herren mit Löffeln gefressen. „Gebete“ reimen sie auf „flehte“, „säen“ auf „gehen“. Wirklich „wohl dem, der Stein zum Bauern karret“, denn er hat keine Zeit, Gedichte zu lesen.

An die seligen Zeiten vor dem Krieg wird man erinnert, die Wonnegans kommt einem ins Bewußtsein, wenn man liest (in „Lied des Siedlers“, von W. G. Schwarz):

„Oh hundert Jahre oder zehn —
Was tuts! Komm, Sohn, und laß es ganz:
Du darfst auf eigenm Grunde stehn
Des deutschen Lands!“

Herbert Lestiboudois heißt der Nächste auf gut arisch, und der läßt sich vernehmen:

„Und was uns mißlingt, das packen wir an
Zehnhundertfach neu! — Und zeigen selbst dann
In lachendem Munde
Der widrigen Stunde
Zusammengebissene Zähne!“

Das soll ihm mal einer nachmachen, dem Lestiboudois, die zusammengebissenen Zähne im lachenden Mund. Der Mann gehört in eine Abnormitätenschau und nicht in den „Angriff“!

Der in allen Sätteln gerechte Heinrich Lersch darf natürlich nicht fehlen, wenn es sich um schlechtes Deutsch handelt:

„Wanderer, steh!
Ich sage dir, wenn du dich heute abend zum Schlafen legst
Und nicht nach den toten Soldaten fragst . . .“

Tatsächlich, „fragst“ hat er geschrieben. Das steht da, das muß man lassen stahn! „Ich frage, du fragst, er fragt“. DRGM. angemeldet. Erfinder: Heinrich Lersch.

Einer heißt gar Karl von Berlepsch, und so schreibt er auch:

„Das ist die Zeit zum Sehnen. —
Ich trage ein buntes Kleid.
Und draußen trüft in Tränen
Die große Dunkelheit.“

Laß brennen, o laß brennen,
Doch nicht mit heißendem Rauch!
Wir können uns suchen und trennen
Das tut das Leben auch.“

In der Schule lernten wir die Tonleiter mit dem sinnigen Vers: „Mir wackelt der Bauch, mir — meiner — auch!“ Warum muß ich bloß grade daran denken, wenn ich Berlepschen lese?

Und jetzt kommt eins, von Richard Hülsenbeck ist es nicht, und es ist auch nicht 1919 geschrieben, als Dada seine kulturpöbelwissenschaftlichen Ergüsse auf die Menschheit losließ; es stammt vielmehr von Herrn Rudolf Paulsen und heißt „Herbstliche Landschaft“:

„Die Welt ist wie ein Bild musikbewegt
Und flutet jede Farbe, jede Welle;
Die Seele aus den dunklen Dingen regt
Sich auf und wogt empor ans Helle.“

Es klinkt wie Schellen aus der weiten Flur,
Die Nymphen schlagen, weinend oder lachend,
Des Daseins ewig doppelte Natur
Mit halben Klängen uns verständlich machend.

Unsichtbar diese, welche Menschen suchen
Und, alles Rauschia, aller Sehnsucht Hauche,
Wie Heilige segnen und wie Trunkne fluchen,
Unsterbliche im braunen Haide-Rauche.

Ihr Jenseits-Ton schwimmt selig dieser Seite,
Des Frühlings Süße rasend übersteigend,
Das Leben ringt sich rauschend in die Weite,
Eh es versinkt, vom Tanze müd sich neigend.“

Der „Angriff“ hat vergessen, mitzuteilen, daß es sich um ein Preisausschreiben handelt und der Leser, der den Sinn erraten kann, einen Preis bekommt.

Genug? Genug! Nur noch, als Abschluß, die „Irdische Reise“ des Herrn Rudolf Habetin:

„. . . Doch manchmal schweigen wir auf unsrer Reise
Und schenken uns an eine Wolke hin,
Nachdenklich und auf wunderliche Weise,
Und fragen rätselnd nach dem letzten Sinn — —“

Wir auch, wahrhaftig! Aber der letzte Sinn dieses ganzen Un-Sinns wird sich wohl nie ergründen lassen.

Das ganze aber ist offizielle, offiziellste deutsche Lyrik, und die das schreiben, haben das richtige Deutsch gepachtet, zur alleinigen Benützung. Wohingegen wir . . . reden wir nicht davon!

Gleichgeschalteter Skat

Wec bekommt die Trümpfe?

„Ein unterdrücktes Volk macht selbst das Kartenspiel zur Verschwörung.“ Victor Hugo.

Bisher gehörte das Karteln in Deutschland zu den harmlosen Beschäftigungen. Es war so neutral wie etwa der Fahrplan. Der bedrückte Steuerzahler konnte sich dabei nach Herzenslust und ganz unpolitisch ausräsonieren, durfte auf den Tisch donnern, so viel er wollte — niemand fühlte sich getroffen. Das alles soll nun in Bälde ein anderes Gesicht erhalten: auch die Spielkarten werden gleichgeschaltet. Wie die Blätter melden, ist an die Altenburger Spielkartenfabrikation von oben her die Anweisung ergangen, eine neue, zeitgemäße, deutschvölkische Spielkarte zu schaffen. Sind sich die braunen Obergänger der Konsequenzen des neuen Spiels bewußt? Wohl kaum. Hier wird wieder einmal so fahrig und gemeingefährlich drauflos erneuert, wie auf anderen Gebieten.

Bei den Trümpfen geht das Malheur schon los! Wer soll im deutschen Männerkat oberster Trumpf sein? Hitler, Blomberg, Thyssen, Schacht oder sonst ein Schwerindustrieller? Wie stehts mit den Buben, den vier Wenzeln, die alles stechen? Hitler, Göring Goebbels Heß? Wie ist's mit der Reihenfolge? Wer sticht wen? Wer stellt die Damen dar? Wie vor allem stehts mit den leeren Karten, die nichts zählen: die Sieben, Acht, Neun? Hier kommen als Figurinnen doch nur SA-Leute in Frage.

Die eigentlichen Gefahren jedoch beginnen erst mit den Skatredensarten. In diesem Punkte ist das deutsche Volk so reich, wie keine andere Nation der Erde. Jeder Durchschnittsdeutsche kennt diese Redensarten, sie vermehren sich noch rascher als die Autos der braunen Bonzen und fast alle sind sie bittere Beleidigungen der Wenzel. Darf man künftig, wenn der oberste Gangster ausgespielt wird, noch fluchen: „Verrecken soll das Aas!“ — Mit den gleichgeschalteten Karten dümmern für Meckerer wie für Denunzianten gewaltige Möglichkeiten. Ein ganzes Volk wird seine Wut beim Spiel aussprechen. Millionen werden daß Aß nur noch Aas nennen, wenn darauf ein brauner Bonze zu sehen ist. Der deutsche Skat wird endlich einen tieferen Sinn kriegen.

Was aber, wenn ein neuer 30. Juni kommt? Man sollte die erste Auflage der Hitlerkarte in bescheidenen Grenzen halten. Zwischen der Göring- und der Heß-Gruppe tobt bereits ein wüster Kampf um die Frage, wer Hitlers Stellvertreter sein soll — wie bald kann ein neues Weekend fällig sein, in dessen Nachtstunden wieder ein paar Dupend alter Kameraden abgeschlachtet werden — dann wären die Karten abermals zu revidieren, die Wenzel und Damen zu erneuern,

Man weiß auch, wie die deutsche Reklame darunter leidet, wenn die braunen Gangster einander fortgesetzt zu Tode reinigen! Bisher mußten deshalb schon Bilder vernichtet, Kalender und Plakate unbrauchbar gemacht werden. Die Blätter berichten, daß neuerdings eine deutsche Zigarettenfabrik ihren Schachteln als Zugabe eine kleine Stickerie beilegt; sie befindet sich in einem Kuvert, auf dem zu lesen steht: „Die Ereignisse des 30. Juni 1934 nehmen uns die Möglichkeit, unsere Bildserie „Männer um den Führer“ zu beenden. Wir fügen daher unseren Packungen Planener Spitzenstickereien bei.“ — Wie lange noch und es könnte eines Tages in der Nazipresse heißen: „Infolge der Ereignisse vom soundsovielten sind die neuen Spielkarten beim zuständigen Amtswalter gegen eine verbesserte und gereinigte Ausgabe umzutauschen . . .“

Das Kulturgut

„Angst vor Unsittlichkeit“

„Aus Anlaß bedauerlicher Vorkommnisse bringe ich die Warnung der Reichsfilmkammer von anstößigen Werbemethoden in Wort und Bild, die Anfang des Jahres durch Verbands-Rundschreiben bekanntgegeben worden ist, erneut in Erinnerung. Wer als deutscher Filmtheaterleiter oder als Filmverleiher oder als sonstiger Filmveranstalter heute noch immer mit solchen Werbemethoden seine eigene Mißachtung vor dem Kulturgut deutscher Filmkunst zum Ausdruck bringt, schließt sich selbst aus der Reichsfilmkammer aus und wird künftig auf eine amtliche Bestätigung dieses Ausschlusses nicht mehr zu warten brauchen. Wer künftig solche Werbemethoden duldet, sei es als Theaterbesitzer, Verleiher, Direktor oder sonst als Kammermitglied, macht sich gleicher Verstoße schuldig. Ich werde daher jeden solchen Filmveranstalter, der sich solcher grüblichen Verstöße gegen den Anstand auf dem Gebiete der Filmwerbung in Zukunft zuschulden kommen lassen wird, wegen mangelnder Eignung aus der Reichsfilmkammer ausschließen.“
Berlin, den 4. September 1934. Der Präsident der Reichsfilmkammer: gez. Dr. Scheuermann.“

Wie der Leiter der Filmprüfstelle unter dem Datum des 6. September 1934 amtlich bekannt gibt, wurde am 21. August 1934 unter Nr. 36988 die öffentliche Vorführung des Paramount-Films „Murder at the Vanities“, 10 Akte, 2442 Meter, verboten,

An Leni Riefenstahl

Als ich gelesen, fiel ich fast vom Sockel.
Zehnmal sechstausend Meter Rohfilm sind verbraucht
Bei dem Klamsauk von Nürnberg — für die „Lipengockel“
Du hast gedreht, bis daß der Kurbelkasten raucht.
Und alle Goebbelsblätter melden es voll Rührung,
Nur die Liane, Kütche, Dolly weiden Dir die Führung

Die fetten Bonzen fingst Du ein, — nun schnurren sie vorbei.
Der Osaf, alle Prominenten — die betörten Jungen.
Der große, oft gefilmte braune Hitlerbrei.
Und auf Geheiß ist auch der Song von Wessel (Horst) erklungen,
Man sieht den „Führer“, Josef, Hermann — alle aufgenordet!
Nur jene fehlen, die im Juni man gemordet!

Für alle Ewigkeit hast Du sie festgehalten,
Daß auch der Enkel noch den „Krampf“ belacht!
Den alten Frontsoldaten glätten sich die Falten,
Denn wieder ist gewonnen eine Arbeitsschlacht!
Die Nachwelt ist beglückt, daß Adolf es befahl,
Und nennt mit Staunen Deinen Namen: Leni Riefenstahl!

Kopiert ist alles und der Kitsch kann surren,
Betörte Massen recken sich die Hüfte lang.
Wenn auch bei Tausenden die Magen knurren
Doch manch' Gelächter, mancher Fluch erklang.
Seh'n sie so wohlgenährt die Bonzen in Parade schreiten —
So schritt die Phrase, Mittelmäßigkeit zu allen Zeiten.

Nur weiter so! Der Winter lehrt die Massen denken.
Da hilft kein Flimmerspiel — es macht nicht satt.
Ein hungrig Volk läßt sich nicht stets von Phrasen lenken.
Ein Weilchen noch, bis daß es ausgeschlafen hat.
Schon tausend Fäuste seh' ich in den Taschen hallen.
Bald wird der Sippschaft auch die Peitsche um die Ohren knallen.
Fröhlich vom Rhein.

*) Nachricht der deutschen Zeitungen: Leni Riefenstahl hat mit dreißig Mitarbeitern die Film-Aufnahmen in Nürnberg gemacht, 60 000 Meter Film!

O! - das kluge China . . .

„Wenn ich befreundeten Fremden Hamburg zeigen will, dann führe ich sie nicht zur Alster, nach St. Pauli oder zum Hafen, nein, ich mache einen Gang mit ihnen in die Hamburger Museen . . .“ so erzählt ein Plauderer in der Nazipresse.

Und warum tut er das? Nun, im Museum für Kunst und Kunstgewerbe gibt es eine wundervolle Sammlung ostasiatischer Kunstwerke, leider nicht von den Nazi gesammelt. Als Schreckensbeispiel für ostasiatische Barbarei hatte ein Sammler dem Museum einen „wunderschönen, farbigen Holzschnitt“ geschenkt, dessen Technik die hohe Meisterschaft des chinesischen Künstlers verrät.

„Da sitzt ein griesgrämiger Zopfträger in Hals-, Arm- und Fußfesseln hinter Gittern in einem Holzkäfig . . . Am Rande steht die Erklärung, die besagt:

Hung Ma Fo ist ein kluger Mann, ein Schriftgelehrter und Schicksalsdeuter aus Futschang. Er prophezeite dem Lande ein großes Unglück und Mandarin Wan Shi ließ ihn solange in den Käfig sperren, bis das prophezeite Unglück eintreffen sollte. Es traf niemals ein, und Hung Ma Fo blieb darum 31 Jahre in diesem Käfig, bis er starb.“

Ja — kommentiert der „Plauderer“ weiter — die Chinesen wußten, was sie mit Unglückspropheten anzufangen hatten. O kluges China!“

Der Mann hat recht: Gegen Miesmacher und Kritiker helfen eben nur der Pranger und der Käfig. Nur eine vertretete demokratische Kultur konnte glauben, daß man asiatische Kunstwerke mit abschreckendem Thema nur deshalb zeigt, damit die höhere Kultur den Abstand ermessen kann, der sie von der Barbarei trennt. Im „dritten Reich“ aber ist man wieder so weit wie zur seligen Zeit des Mandarinen Wan Shi.

Feder versteht . . .

Lachen als Ventil

Die polnische Zeitung „Republik“ berichtet aus Berlin, wie die Unterdrückung der öffentlichen Meinung von den Humoristen ausgewertet wird: „In einem Kabarett in der Lutherstraße tritt der bekannte schwedische Komiker Lorenzen auf. Ohne ein einziges Wort zu sprechen, erheitert er die Zuschauer durch eine heißende Satire auf das gegenwärtige Regime. Ein Tisch und ein Stuhl, die auf der Bühne stehen, deuten an, daß es sich um eine Café handelt, in das Lorenzen eintritt. Lorenzen setzt sich, nimmt eine Zeitung, nach seinen Gesten die einzige, die er in dem Café finden kann, blättert ärgerlich darin herum und läßt erkennen, daß er schon genau weiß, was er lesen wird; dann legt er sie gähnend beiseite. Er macht die Zuschauer glauben, daß jemand in das Café eintritt, blickt nach rechts und nach links, versichert sich, daß jemand zuhört, beugt sich dem imaginären neuen Gast zu, erweckt den Eindruck, als ob er ihm etwas ins Ohr flüsterte und bracht in ein tolles Lachen aus. Jeder versteht: er erzählt einen neuen Witz über Göring. Die Vorstellung hat großen Erfolg. Das Publikum schüttelt sich vor Lachen, das für den Augenblick noch nicht verboten ist.“

Die internationale Filmschau in Venedig

Das Preisgericht der internationalen Filmschau in Venedig hat den Mussolini-Pokal für den besten ausländischen Film dem englischen Film „Der Mann von Aran“ von Robert Flaherty verliehen. Als der beste italienische Film wurde „Teresa Confalonieri“ ausgezeichnet. Den Regiepreis der Stadt Venedig erhielt die Tschechoslowakei. Der Schweizer Film „Die weiße Majestät“ erhielt die Gedenkmünze des italienischen Alpenklubs. In Venedig wird jetzt die Gründung einer ständigen internationalen Ausstellung der Filmkunst geplant.

So war es in Versailles... Von Victor Schiff

Die deutschen Delegation versucht unermüdlich, durch Vorstellungen bei den Alliierten Verbesserungen der harten Bedingungen zu erreichen. Sie beziehen sich auf soziale Fragen, Kriegsgefangene, Kriegsschulden. Ein Zugeständnis wird erreicht: es bezieht sich auf die Saarfrage.

Ich entsinne mich noch, wie der relative Optimismus, den namentlich die zweite Antwortnote bei maßgeblichen diplomatischen Mitgliedern der deutschen Delegation auslöste, mich wunderte und zugleich tauglich stimmte. Die ganze Trostlosigkeit unserer Lage kam einem zu Bewußtsein, wenn man beobachtete, wie sonst sehr kluge und nüchterne Männer aus der Tatsache, daß man eine sechszellige Antwort erhalten hatte, die keine Beleidigung, sondern nur ein Prozedurversprechen sowie einen sachlichen (dabei etwas ironisch formulierten) Hinweis enthielt, bereits neue Hoffnungen schöpften und sogar die Möglichkeit mündlicher Verhandlungen für nähergerückt hielten.

Bereits drei Tage später, am 13. Mai, wurden drei weitere Noten überreicht, durch die schon wesentlich heiklere Fragen angeschnitten wurden. Eine Note über die Kriegsschuldfrage, in der gegenüber dem Artikel 231 darauf hingewiesen wurde, daß Deutschlands Anerkennung der Schadenersatzpflicht auf Grund der Lansing-Note vom 15. November 1918 erfolgt sei, also unabhängig von der Kriegsschuldfrage. Bewußtsein des deutschen Volkes sei dieser Krieg stets ein Verteidigungskrieg gewesen. Da die deutschen Delegierten die frühere deutsche Regierung nicht für alleinige oder hauptsächlich Schuldige am Kriege hielten und im Vertragsentwurf die behauptete deutsche Schuld durch keine Beweise gestützt sei, hätten wir um Mitteilung des Berichtes der von den Alliierten eingesetzten besonderen Schuldprüfungskommission.

Das „Todesurteil“

Weiter wurde am gleichen Tage als vorläufige Äußerung zu den wirtschaftlichen Folgen der Friedensbedingungen ein kurzes Gutachten der deutschen volkswirtschaftlichen Sachverständigen überreicht, das in eindrucksvoller Weise die voraussichtliche Lage Deutschlands nach der Annahme eines solchen Vertrages schilderte: Ausfall von 21 Prozent der Gesamternte, an Getreide und Kartoffeln durch den Verlust der Ostprovinzen, von 33 Prozent der Kohlenproduktion, von 75 Prozent der Eisenerzproduktion, von mehr als 60 Prozent der Zinkproduktion; Verlust der Handelsflotte, der Kolonien, der auswärtigen Besitztümer; Deutschland wäre nicht mehr in der Lage, genügende Auslandstoffe zu beziehen, seine Industrie müßte daher in gewaltigem Umfang erlöschen; viele Millionen würden Arbeit und Brot verlieren, Auswandern könnten sie nicht. „Wer diesen Friedensvertrag unterzeichnet, spricht damit das Todesurteil über viele Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder aus.“

Es unterliegt heute keinem Zweifel, daß dieses Gutachten sehr starke Uebertreibungen enthielt. Aber ebenso sicher ist es, daß es die subjektive Ueberzeugung seiner Verfasser richtig wiedergab. Denn es war nur der Extrakt der Gedanken, die am Abend des 8. Mai in der Plenarsitzung der Delegation für den inneren Gebrauch der deutschen Delegation, also nicht um das Ausland zu blaffen, entwickelt worden waren. Ein starker Kern von Wahrheit steckte zweifellos in diesen finsternen Prognosezeichnungen. Aber es hat sich später gezeigt, daß das Leben stärker ist als die Statistik und daß ein Volk, das man auf Grund rein wissenschaftlicher und statistischer Deduktionen für wirtschaftlich verloren halten müßte, immer noch die erstaunlichsten Mittel und Auswege findet, um nicht zugrunde zu gehen.

Eupen-Malmedy und das Saargebiet

Als drittes Schriftstück wurde am 13. Mai eine Note übergeben, die sich auf Eupen-Malmedy und vor allem auf das Saargebiet bezog und die sich insbesondere gegen den Versuch wandte, deutsches Gebiet vom Reich zu trennen, um es als Pfand für Reparationen zu verwenden:

„Vor allen Dingen hält sie es für unzulässig, daß durch den Friedensvertrag zu dem Zwecke, finanzielle oder wirtschaftliche Forderungen der Gegner Deutschlands zu sichern, deutsche Bevölkerungen und Gebiete von der bisherigen Souveränität zu einer anderen verschachert werden, als ob sie bloße Gegenstände oder Steine zu einem Spiel wären.“

Der Entwurf zu dieser Note soll von Dr. Simons verfaßt worden sein und macht seiner stilistischen und dialektischen Gewandtheit alle Ehre; denn die letzte Wendung war wörtlich einer Kundgebung Wilsons während des Krieges entnommen und war darauf berechnet, das Gewissen des amerikanischen Präsidenten aufzurütteln. Fast noch eindrucksvoller war der folgende Absatz, der sich gegen die Bestimmung wandte, wonach Deutschland auch nach einer zu seinen Gunsten ausgefallenen Abstimmung nach 15 Jahren das Saargebiet endgültig verlieren würde, wenn es nicht die Saarkohlenbergwerke der französischen Regierung gegen Gold abkaufen würde. Die deutsche Note sagt dazu:

„Nach den finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen des Vertrages erscheint es ausgeschlossen, daß Deutschland in 15 Jahren über die entsprechende Menge Gold verfügen können. Uebrigens würde voraussichtlich, wenn das Gold in deutschem Besitz vorhanden wäre, die Reparationskommission, die dann Deutschland noch beherrschen würde, eine solche Verwendung des Goldes schwerlich gestatten. Es dürfte in der Geschichte der neueren Zeit kein Beispiel dafür geben, daß eine zivilisierte Macht die andere veranlaßt hat, ihre Angehörigen als Gegenwert für eine Summe Goldes unter fremde Herrschaft zu bringen.“

Endlich eine Wirkung

Um es gleich vorzunehmen: diese Note hat gewirkt. Es war allerdings so ziemlich die einzige. In einer zwölf Tage

später übermittelten Antwort Clemenceaus wurde uns das erste Zugeständnis gemacht: anstatt des Rückkaufes in Gold sollte Deutschland eine erste Hypothek ausstellen. Würde die Zahlung nicht erfolgen, dann könnte die Reparationskommission in Uebereinstimmung mit dem Völkerbund nötigenfalls zur Zwangsliquidation der Saargruben schreiten. Von einer Abtrennung des Saargebietes als solchen war also auch für diesen Fall keine Rede mehr.

Dieses erste und fast einzige Zugeständnis der Alliierten in diesem Abschnitt der Verhandlungen wurde übrigens von heftigen Protesten der Pariser Presse absichtlich begleitet, die natürlich die Bedeutung dieses Entgegenkommens absichtlich übertrieb und den französischen Delegierten — offenbar auf Bestellung — Vorwürfe wegen ihrer Nachgiebigkeit machte. Es wurde hervorgehoben, wie großmütig Frankreich sei, viel zu großmütig eigentlich gegenüber diesen „Boches“, die noch die Stirn hätten, sich über angelegte Ungerechtigkeiten des Vertrages zu beklagen. Aber das dürfe ja nicht einen Präzedenzfall bilden usw. Diese Kommentare der Pariser Presse entsprachen nicht nur einer naheliegenden Taktik, sie zeugten auch von dem Aerger der schwerindustriellen Kreise, die alles darangesetzt hatten, das Saargebiet als Kohlenbasis für die lothringischen Erzgruben vom Deutschen Reich später loszulösen und nach einer Uebergangszeit unter der Verwaltung des Völkerbundes definitiv an Frankreich anzugliedern.

Noch vor diesem Teilerfolg hinsichtlich des Saargebietes waren allerdings mehrere Antworten eingegangen, die in der deutschen Delegation den stärksten Pessimismus auslösten. Das galt sowohl für unsere Note über die Kriegsschuldfrage wie auch für unsere Vorstellungen wegen der Kriegsgefangenen.

Der Kampf um die Kriegsgefangenen

Die Antwort auf die deutsche Note über die Kriegsgefangenen mußte alle Hoffnungen auf mündliche Verhandlungen zerstören. Dieses Dokument enthielt den „Tiger“ in seiner ganzen Grausamkeit und Gefühllosigkeit. Auf das Verlangen, daß jene Kriegsgefangenen, die wegen Verbrechen oder Vergehen von alliierten Kriegsgerichten verurteilt worden waren, genau so freigegeben werden sollten, wie dies mit den verurteilten Gefangenen aus den alliierten Heeren geschehen worden war, antwortete Clemenceau mit der ausführlichen Schilderung eines Doppelmordes, den ein deutscher Gefangener verübt hatte. „Aus diesem Grunde“ (Sic!) wurde die Freilassung aller übrigen — meistens nur wegen Widerspenstigkeit gegen ihre Wächter — zu hohen Zwangsarbeitsstrafen verurteilten deutschen Gefangenen rundweg abgelehnt!

Hinsichtlich der Milderungen, um die die deutsche Note gebeten hatte, wurde scheinheilig erklärt, die Sieger „würden nicht, welche Milderung gewährt werden könnte, denn sie haben sich mit peinlicher Gewissenhaftigkeit bemüht, die Kriegsgesetze zu beachten und den Forderungen der Menschlichkeit Genüge zu leisten“.

Die von den Deutschen geforderte uneingeschränkte Gegenseitigkeit wurde mit einem pharisäischen Selbstlob abgetan:

„Da keinerlei Vergleich zwischen der Behandlung der Kriegsgefangenen durch die deutsche Regierung einerseits und durch die alliierten und assoziierten Mächte andererseits möglich ist, so kann in dieser Hinsicht keine Gegenseitigkeit gefordert werden.“

Endlich wurde der Vorschlag der Einsetzung einer Kommission zur mündlichen Erörterung der technischen Seite der Heimbeförderung deutscher Kriegsgefangener mit blutigem Hohn beantwortet. Die Alliierten würden mit höchster Bereitwilligkeit Kommissionen dieser Art einsetzen, sobald der Friede unterzeichnet ist. Sie bedauern indessen, an ihre Einsetzung nicht denken zu können, solange sie nicht benachrichtigt worden sind, daß die Bevollmächtigten des Deutschen Reiches den Frieden zu unterzeichnen beabsichtigen. Deutlicher konnte man es nicht aussprechen: Die deutschen Kriegsgefangenen waren die lebendigen Pfänder, mit denen die Sieger die Unterwerfung unter ihr Diktat erzwingen wollten. (Später hat derselbe Clemenceau sogar nach der Unterzeichnung dieses Pfand nicht herausgeben wollen, sondern es für die Eintreibung der Reparationen monatelang weiter zu behalten versucht!)

Um die Verantwortlichkeit Deutschlands

Bezüglich der Kriegsschuldfrage erklärte Clemenceau in seiner gleichzeitigen am 20. Mai übermittelten Antwort, daß durch die Lansing-Note vom 5. November 1918, auf die sich Brockdorff-Rantzau berufen hatte, diese Frage endgültig entschieden sei. Denn es heiße in dieser Note, daß Deutschland allen Schaden wiedergutmachen habe, den es seinen Feinden „durch seinen Angriff zu Lande, zu Wasser und aus der Luft“ zugefügt habe.

„Dadurch, daß die deutsche Regierung damals gegen diese Feststellung keinen Protest einlegte, hat sie sie als begründet anerkannt. Deutschland hat also im November 1918 implizite, aber unzweideutig, sowohl den Angriff als auch seine Verantwortlichkeit zugegeben. Heute ist es zu spät für den Versuch, sie zu leugnen.“

In der deutschen Delegation fiel man aus allen Himmeln, als man diese Antwort erhielt. Nie war man auf den Gedanken gekommen, daß in der Lansing-Note ein Satz enthalten sein konnte, der die Kriegsschuldfrage irgendwie berührte oder gar entschieden haben sollte. Indessen mußte

man bald einsehen, daß der englische Text der Lansing-Note in der Tat diese Deutung zuließ. Es heißt nämlich dort:

„by the aggression of Germany, by land, by sea, and from the air.“

Die amtliche Uebersetzung, die von den amtlichen Stellen der — damals noch kaiserlichen — deutschen Regierung verbreitet worden war, lautete:

„... durch seine Angriffe zu Lande, zu Wasser und in der Luft.“

Diese Uebersetzung war unrichtig, um nicht zu sagen tendenziös. Denn „aggression“ heißt nicht „Angriffe“, sondern „Angriff“ oder vielmehr „Ueberfall“. Insofern war es leider sehr schwer, Clemenceaus Behauptung zu widerlegen. Hätten wir gegen seine Feststellung, daß Deutschland damals gegen diesen Passus der Lansing-Note nicht protestiert hätte, mit der Entschuldigung geantwortet, daß die damalige Regierung einer falschen Uebersetzung zum Opfer gefallen sei, so hätte es uns niemand in der Welt geglaubt und wir hätten uns obendrein lächerlich gemacht.

Uebrigens hätte es die Regierung des Prinzen Max, auch wenn sie eine richtige Uebersetzung der Lansing-Note in Händen gehabt hätte, es kaum darauf ankommen lassen können, den Abschluß des Waffenstillstandes, den wir damals dringend brauchten, durch eine Rückfrage oder sogar durch einen wenig aussichtsreichen Protest gegen diese Formulierung um drei oder vier Tage hinauszuschieben.

Auf der anderen Seite war es nichts anderes als ein diplomatischer Taschenspielertrick, wenn Clemenceau aus diesem einen Satz der Lansing-Note den Schluß herleitete, daß das gesamte Problem der Schuld am Kriege ein für allemal geklärt und entschieden sei. Wozu hatten denn sonst die Alliierten eine besondere Sachverständigenkommission eingesetzt, um einen Bericht über die Schuldfrage auszuarbeiten? Die deutsche Note vom 13. Mai hatte um Mitteilung dieses Berichtes gebeten, um darauf antworten zu können. Clemenceau erwiderte trocken:

„daß die alliierten und assoziierten Mächte die Berichte der von der Friedenskonferenz eingesetzten Kommissionen als Urkunden innerer Natur betrachten, welche Ihnen nicht übermittelt werden können“.

Diese Ausrede sprach nicht gerade dafür, daß die Sieger ihrer Sache sicher waren.

Die Antwort Brockdorff-Rantzaus

Brockdorff-Rantzau ließ übrigens diese Note nicht unbeantwortet. Vier Tage später, am 24. Mai, übersandte er eine Erwiderung, in der die Vorgeschichte der Lansing-Note eingehend dargelegt wurde. Die deutsche Regierung habe um so weniger Anlaß gehabt, gegen die Worte der Lansing-Note über den „Angriff Deutschlands“ zu protestieren, als sich diese Worte offenkundig auf die Invasion Belgiens — und infolgedessen auch Nordfrankreichs — bezogen, die sogar schon die kaiserliche Regierung als Unrecht anerkannt hätte und die zweifellos einen Angriff Deutschlands darstellte:

„Dieser Angriff war es, für den die deutsche Regierung Deutschlands Verantwortlichkeit zugab, nicht aber eine angebliche Schuld am Ausbruch des Krieges oder die äußerliche Tatsache, daß die formelle Kriegserklärung von seiner Seite ausgegangen war.“

Auf den Hinweis Brockdorff-Rantzaus am 13. Mai, daß die alliierten Staatsmänner wiederholt erklärt hätten, daß das deutsche Volk nicht für die Fehler seiner Regierung verantwortlich gemacht werden sollte, hatte Clemenceau am 20. Mai erwidert:

„Deutschland hat indessen niemals behauptet, und eine solche Versicherung wäre gegen alle Grundsätze des internationalen Rechtes gewesen, daß eine Veränderung seiner politischen Regierungsform oder eine Umwandlung seiner leitenden Persönlichkeiten genügen könne, um eine von einer Nation bereits eingegangene Verpflichtung zum Erlöschen zu bringen. Es hat nach diesem Grundsatz, den es gegenwärtig verteidigt, weder im Jahre 1871 Frankreich gegenüber nach der Ausrufung der Republik gehandelt, noch auch im Jahre 1917 mit Bezug auf Rußland zur Zeit der Revolution, die die zaristische Regierung beseitigte.“ Diese Antwort des „Tigers“ war zweifellos geschickt und eindrucksvoll. Aber war die Erwiderung Brockdorff-Rantzaus am 24. Mai nicht noch geschickter und noch eindrucksvoller?

„Die deutsche Delegation möchte die Worte Eurer Exzellenz nicht dahin verstehen, daß die Zusage der alliierten und assoziierten Regierungen damals nur eine Kriegsliste war, um den Widerstand des deutschen Volkes zu lähmen, und daß die Zusage heute zurückgenommen werden soll.“

Schließlich machen Eure Exzellenz geltend, daß die alliierten und assoziierten Mächte das Recht haben, Deutschland nach denselben Methoden zu behandeln, die es beim Frankfurter Frieden und beim Frieden von Brest-Litowsk seinerseits angewendet habe. Die deutsche Delegation unterläßt es vorläufig, zu prüfen, inwiefern sich jene beiden Friedensschlüsse von dem heute vorliegenden Friedensentwurf unterscheiden; denn für die alliierten und assoziierten Regierungen ist es heute zu spät, auf jene Präjudizien einen Rechtsanspruch zu gründen. Der Augenblick hierfür war gekommen, als sie vor der Wahl standen, die vierzehn Punkte des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika als Friedensbasis anzunehmen oder abzulehnen. In diesen vierzehn Punkten wurde ausdrücklich die Wiedergutmachung des Unrechts von 1870/71 verlangt und von dem Frieden von Brest-Litowsk als von einem abschreckenden Beispiel gesprochen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben es damals abgelehnt, sich einem Gewaltfrieden der Vergangenheit zum Muster zu nehmen.“

(Fortsetzung folgt)

Der Kriegstreiber Göring

Er bereitet den künftigen Luftangriff vor

Frau Dorothy Woodman, Sekretärin der englischen Union für demokratische Kontrolle, hat auf Grund von authentischem Material, von amtlichen Publikationen der Hitlerregierung und des Reichswehrministeriums, eine Zusammenstellung veröffentlicht, die Hitlers Vorbereitung zum Kriege entlarvt. Wir müssen zwar die Feststellungen machen, daß die europäischen Staaten heute bis auf die Zähne bewaffnet sind und man kann unter diesen Umständen dem deutschen Volk nicht das Recht nehmen, an seinen Schutz zu denken. Aber in der Hand von unbefähigten politischen Verbrechern, wie Göring und Hitler, die ohne jede parlamentarische und demokratische Kontrolle sind, bedeutet die Kriegswaffe ein Instrument zur Verwirklichung von abenteuerlichen Plänen, die die europäische Welt in den Abgrund führen und dem deutschen Volk namenloses Unglück bringen wird. Deshalb ist es Pflicht, die Kriegsvorbereitungen Hitlers und Görings aufzudecken. Die Enthüllungen der Frau Woodman sind jetzt in deutscher Sprache in der Edition des Couriers unter dem Titel „Hitler treibt zum Krieg“ erschienen. Wir entnehmen dieser Dokumentensammlung folgende Ausführungen:

Die Zentrale der Luftaufrüstung

Vom Tage der Uebernahme der Macht an hat die Hitler-Regierung die gewaltigsten Anstrengungen auf dem Gebiete der Luftaufrüstung gemacht. Sie hat allerdings auch hier nicht von vorn zu beginnen brauchen, sondern manches von ihren Vorgängern Begonnene übernehmen und weiterführen können. In ihren ersten Regierungshandlungen Ende Januar 1933 gehörte die Umwandlung der bisherigen Luftfahrtabteilung des Reichsverkehrsministeriums in ein selbständiges Reichskommissariat für Luftfahrt, an dessen Spitze Hermann Göring, der im Weltkriege als Piloter eine gewisse Rolle gespielt hat und den wir im übrigen hier nicht näher zu charakterisieren brauchen, gestellt wurde. Bereits drei Monate später, am 29. April 1933, wurde dieses Kommissariat wieder, um unangebildet, ein Reichsluftfahrtministerium errichtet und Herr Göring zum Chef dieses neuen Ministeriums ernannt. Damit war die neue Zentrale für die deutsche Luftaufrüstung geschaffen.

Herr Göring berief in sein Ministerium zunächst eine Reihe von bekannten Militärfliegern aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, unter anderem Bruno Voerszer, Kapitän Christian Hansen, (den Kommandanten des deutschen Meeresflugzeuges Do X), Wolfgang v. Gronau und Rittermeister a. D. Holle, die früheren Leiter der Deutschen Verkehrsfliegerschule in Staaken bei Berlin (in der schon vor der Hitlerdiktatur Arzbedienstete ausgebildet wurden), Kapitänleutnant a. D. Breitkopf, Major a. D. Wimmer, Hauptmann a. D. Baumbach u. a. m. Zum Staatssekretär des Luftministeriums wurde der bisherige Leiter der Deutschen Luftbank, E. W. Müller, ernannt.

Die amtlichen Bekanntmachungen, die über die Organisation des Ministeriums in der deutschen Presse veröffentlicht wurden, klingen sehr harmlos, sie kennen nur die Abteilungen:

- Luftverkehr und Luftpolitik
- Industrie, Technik und Forschung
- Wirtschaftliche Fragen
- Luftsport und Ausbildung
- Luftschutz

Die erste Abteilung, die unter Leitung des nationalsozialistischen Ministerialdirektors Fisch steht, nimmt die deutschen „Luftfahrtinteressen“ bei internationalen Verhandlungen wahr. Ferner untersteht ihr die Deutsche Luftkassette, in der das gesamte deutsche Verkehrsflugwesen zusammengefaßt ist.

Die zweite Abteilung unter Ministerialrat Mühlhans-Koffmann besitzt sechs Referate bzw. Unterabteilungen. Referat 1 umfaßt Forschung, Erfindungen, technisch-wissenschaftliche Fragen und Ausstellungen. Die beiden nächsten Referate beschäftigen sich mit der Entwicklung von Landflugzeugen und Flugmotoren (Referat 2) bzw. Wasserflugzeugen, Luftschrauben und Instrumenten (Referat 3). Weitere Unterabteilungen befassen sich mit den allgemeinen Industrieangelegenheiten (Erteilung von Aufträgen, Vergabe von Subventionen und Exportbeihilfen), Normung des Luftfahrtgeräts, Rohstofffragen usw. Die Frage der Subventionen und Exportbeihilfen spielt eine außerordentliche Rolle. Nach einem im „Berliner Tageblatt“ vom 2. Juli 1933 veröffentlichten amtlichen Bericht wurden die Subventionen für die Flugzeugindustrie von 39 auf 88,8 Millionen Mark erhöht, also fast verdoppelt!

Mit dem Haushalts des neuen Ministeriums, ebenso wie mit den allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten, Personalfragen, Preisprüfungen usw. befaßt sich die Abteilung III unter Leitung von Ministerialrat Panzer am. Der aus dem deutschen Reichsbudget erkennbare offizielle Etat der Luftfahrt und des Luftschutzes ist im Jahre 1934 von 44 auf 210,2 Millionen Mark erhöht, also fast verfünffacht worden. 30 Millionen werden davon für den Luftschutz angeben, und zwar insbesondere auch für den Schutz „der Dörfer und des ländlichen Landes“. Dabei kann es sich kaum um Bombenunterstände handeln, sondern nur um Flakgeschütze und Jagdflugzeuge. Die übrigen 180 Millionen sind in ihrer Verwendung nicht erkennbar. Sie können nur zur Ausdehnung des Flugzeugparks und zum Bau neuer Flughäfen bestimmt sein. Diese veranschlagten Auftragsziffern enthalten aber keineswegs die Gesamtheit der Ausgaben, welche unter Görings Leitung für die deutsche Luftaufrüstung erfolgen. Die Transportflugzeuge der Reichsbahn, die jederzeit als Bombenflugzeuge zu benutzen sind, werden außerhalb dieses Etats beschafft, ebenso die Flugzeuge, über welche die S.A.-Staffeln verfügen und die häufig von Industrieunternehmen mehr oder weniger freiwillig gestiftet werden. Aus Staatsmitteln der Länder werden noch Volkseigenen Flugzeuge gezahlt. Schließlich kommen die Ausgaben des zur Fliegerausbildung dienenden Luftsportverbandes hinzu, sowie die des Luftschutzesverbandes, dem die ganze Bevölkerung betraupflichtig ist und der deshalb über Reisenmittel verfügt. Schließlich müssen auch die Städte Zuschüsse für die Flugplätze zahlen, und auch die Arbeitsbeschaffungsstellen werden zu ihrem Bau mit eingeleitet. Wahrscheinlich sind diese aus allen nur verfügbaren Quellen geschöpften unerschöpflichen Ausgaben für die Luftaufrüstung noch bedeutender als die im Reichsetat kenntlich gemachten.

Die vierte Abteilung, die von dem Ministerialrat Christian Hansen geleitet wird, bearbeitet Luftsport und Ausbildung. Ihr untersteht die Deutsche Luftsportverband (D.V.S.), über den weiter unten im einzelnen noch zu sprechen sein wird, ferner die Deutschen Verkehrsfliegerschulen (zwei Land- und zwei Seefliegerschulen).

Die fünfte Abteilung, Luftschutz, ist zunächst die oberste Leitung des neugegründeten Reichsfliegerbundes, über den ebenfalls noch gesprochen werden wird. Sie enthält außerdem ein Referat, in dem die Luftschutzausgaben der Polizei, des wichtigsten Trägers des sogenannten zivilen Luftschutzes, bearbeitet werden. (Leiter: Polizeihauptmann v. Ahmuth).

Ein schlüssiger Beweis dafür, daß es sich um eine neue Zentrale der Luftaufrüstung handelt, ist die Tatsache, daß in ihm eine Reihe von Geheimabteilungen existieren, in denen sämtliche wichtigen Fragen der Militärluftfahrt behandelt werden. Es ist uns gelungen, uns einen gewissen Einblick in die Tätigkeit dieser Abteilungen zu verschaffen.

Die Geheimabteilungen Görings

Die Leitung dieser Referate untersteht meist früheren Offizieren und Militäringenieuren, zum Teil auch heute noch aktiven Reichswehroffizieren. Die Gesamtleitung hat Major Wimmer.

Die erste Abteilung, Flugzeugbau, unter Dipl.-Ing. Nikolaus ist in zwei Unterabteilungen gegliedert. Im ersten Referat (Dipl.-Ing. Pacht und Hertel) werden die technischen Bedingungen für die bei der Industrie bestellten Militärflugzeuge aufgestellt und die Entwürfe der einzelnen Firmen unter kriegstechnischen Gesichtspunkten bearbeitet. Diese Abteilung hat außerdem alle Vorbereitungen für den Bau von Serienflugzeugen und den Einbau der verschiedenen Ausrüstungsteile zu überwachen und die Abnahme der in Auftrag gegebenen Flugzeuge vorzunehmen.

Das zweite Referat wird von Oberleutnant a. D. Sack geleitet, dem der Ingenieur Mahle zur Seite steht. Beide sind Motorenexperten und arbeiten die Entwürfe für Neukonstruktionen von Motoren für die Militärluftfahrt aus. Beide Referate erteilen auf Grund der praktischen Versuche und Forschungsarbeiten des ausländischen Flugzeug- und Motorenbaus sogenannte Entwicklungsarbeiten an die Industrie. In der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt besteht eine enge Verbindung.

Abteilung II, Ausrüstung und Bewaffnung, wird von einem aktiven Reichswehroffizier, Hauptmann F. Joch, geleitet. Sie ist in nicht weniger als sieben Referate unterteilt. Das erste Referat (Beauftragter Ingenieur Marx) befaßt sich mit der Bewaffnung der Flugzeuge im allgemeinen, besonders aber mit dem Maschinengewehrpan. Hier werden Neukonstruktionen ausgearbeitet und in Auftrag gegeben. Referat 2 beschäftigt sich mit der Konstruktion und Her-

stellung von Bomben und Vorrichtungen zum Bombenabwurf. Von beiden Referaten werden Versuche organisiert und die Abnahme der von der Industrie gelieferten Erzeugnisse vorgenommen.

Beide arbeiten ferner eng mit der optischen Industrie zusammen: Herstellung von Zielfernrohren und anderem Zielgerät. Die dritte Unterabteilung G 3 wird von dem Ingenieur Böcker geleitet und befaßt sich speziell mit der Ausprobierung von Gasbomben. Daneben befaßt sich eine spezielle chemische Abteilung, die alle chemischen Hilfsarbeiten für die erwähnten drei Referate übernimmt. Schließlich sind noch drei weitere besondere Unterabteilungen für Navigationsinstrumente, Radios, Anlagen und Fotoapparate zu nennen. Alle drei stehen in enger Verbindung mit den betreffenden Spezialfirmen, denen sie „Anregungen“ für die besonderen Zwecke der Militärluftfahrt geben.

Die dritte Geheimabteilung schließlich (Leiter: Dipl.-Ing. v. Rassenbach) befaßt sich mit der Prüfung von Flugzeugen, Flugzeugmotoren, Instrumenten usw. und dient als Hilfsabteilung der beiden erwähnten.

Überall Flugstützpunkte

Die deutschen Grenzen entlang wird eine dichte Linie von Flughäfen geschaffen, deren militärische Bedeutung auf der Hand liegt. Im Westen sind insbesondere zu nennen die neuen Häfen in Celle bei Hannover, im Wünnenlager bei Frankfurt a. M., wo bereits der Flughafen Reichhof bestand und ein weiterer in Kollheim im Taunus errichtet wurde — und zwar mit unterirdischen bombensicheren Betonhallen — sowie in Rehl, in der unmittelbaren Nachbarschaft Straßburgs. Gegenüber der polnischen Grenze befindet sich das neue Flugzentrum in Kollbus, dessen Hallen mit Moosbedeckung gegen Abstrahlung geschützt sind, der Flughafen Seerappen bei Königsberg und der Flughafen Demmin in Pommern. In der Nähe der österreichischen Grenze wurde ein neuer Großflughafen in Ottobrunn bei München in Betrieb genommen, wo auch der Flughafen Reichheim ausgebaut wurde und schließlich noch als dritter Flughafen Oberwiesenthal besteht. In unmittelbarer Nachbarschaft der Grenze wurden Flughäfen in Trellassing und Fricen am Glimmer errichtet. Diese Grenzrüstung mit Flughäfen konnte natürlich kein Geheimnis bleiben. So wies die französische Note an England über die deutsche Aufrüstung nachdrücklich auf die Errichtung von Flughäfen in der entmilitarisierten Zone an der Westgrenze hin.

Nebenher wurden im „luftreichen“ Mitteldeutschland drei neue Flughäfen gebaut: bei Hildesheim im Braunschweigischen, in Gotha, wo der frühere Militärflughafen wieder in Betrieb genommen und von den Erwerbslosen, die dort in alten Eisenbahnwagen und Baracken wohnten, geräumt werden mußte. Teils Neubauten, teils Erweiterungsbauten finden in Harburg a. d. Elbe, in Trenzla u. in Paderborn und im Lager Vedersloh statt. Ein 1800 Morgen großer Hofen wird bei dem von allen Verkehrscentren abgelegenen Schwarbeck nahe der Paderburger Heide gebaut. Die Flughäfen, die wie dieser und wie die Grenzstätten zweifellos militärischen Zwecken dienen, sind überwiegend mit unterirdischen Hallen und Belegschaltanlagen ausgestattet.

Für Wasserflugzeuge wurden ebenfalls neue Landungsplätze errichtet, u. a. am Müritzer-See nicht weit von der Stadt Baaren in Mecklenburg und auf der Insel Zelt. In Bayern wurden ferner bei Nürnberg, Würzburg und Kulmbach je ein neuer Flughafen gebaut („Völkischer Beobachter“, 20. September 1933).

Auch an dem Ausbau der Einrichtungen der älteren Flughäfen wird eifrig gearbeitet. U. a. sind bereits zwanzig Flughäfen mit Nachtbeleuchtung ausgestattet worden.

Diese Aufstellung ist durchaus unvollständig, sie genügt aber vollkommen, um auch dieses Gebiet der deutschen Luftaufrüstung zu kennzeichnen.

Noch nicht dunkel genug?

Als erste Übung dieser Art in einer deutschen Großstadt ist in Leipzig und im Gebiet der Kreisbauernschaft eine „Verdunkelungsübung“ durchgeführt worden. Die Bevölkerung hat sich, wie berichtet wird, mit leitender Disziplin den behördlichen Anweisungen gefügt. Auch der Verkehr mit abgedunkelten Lichtern wickelte sich „vorbildlich“ ab.

Carlo Sforza

„Seele und Schicksal Italiens“

Conte Carlo Sforza war italienischer Botschafter in Paris, als Mussolini die faschistische Diktatur in Rom aufrichtete. Er legte seinen Posten nieder und kehrte nicht mehr zurück. Dieser Angehörige eines der ältesten Adelsgeschlechter war der Humanität, der freiheitlichen Sehnsucht seines Landes verschworen, den Denkern und dem Volke. In der neuen politischen Luft hatte er keinen Atem mehr. Blich er in Paris? Kopf und Herz hatte er jenseits der Alpen gelassen, in den Städten Italiens und in seinen Landschaften. Als er in einem politischen Prozeß vor dem schweizerischen Bundesgericht als Zeuge nach seinem Wohnsitz gefragt wurde, gab er, ohne zu stocken, die Antwort: „Rom.“ Nach einer Weile begriff ihn der Vorsorgende des Gerichts.

Graf Carlo Sforza ist Emigrant. Es ist der höchste Ehrentitel, der im Ringen des Geistes mit der Macht zu vergeben ist. Aus Liebe zum Vaterland bekämpft er seine Usurpatoren. Sforza beteiligt sich an diesem Kampf mit der Würde des Politikers und des Denkers. Er schrieb die „Europäischen Diktaturen“, helllichtige Analysen auf Grund seiner genauen Kenntnis der europäischen Zustände. Jetzt liegt ein neues Buch vor uns: „Seele und Schicksal Italiens“, erschienen im Querido-Verlag in Amsterdam. Es ist schwer für uns alle, in diesem Zustande leidenschaftlichen Beteiligteins am Schicksal des eigenen Landes, ein Buch über ein anderes zu lesen. Das Werk von Sforza aber macht eine Ausnahme. Dieses fremde Kaleidoskop verrät uns, zwischen den Zeilen, unendlich viel über das eigene. Wir sitzen bezaubert davor, schlagen Seite um Seite, erfüllt von Gedanken in kristallklaren Sätzen.

Sforza „sucht“ nicht die Seele seines Volkes. Er besitzt sie. Die Kultur und die Seele Italiens strahlt von seinen alten

Städten aus. Sie schufen das Band zwischen den Generationen. Sforza ist ein Gegner der Zentralisation durch Rom, soweit sie sich gewaltsam durchsetzte in der Geschichte. Der Italiener lebt in seinen Städten und Provinzen, aber in der Vereinigung zum Ganzen. Italiener heißt: das partikularistische, aber zugleich das unitaristische der Völker.

Sforza spricht mit blühendem Spott von der Ueberheblichkeit der Männer des „dritten Reichs“, nach dem die teutonischen Völkerwanderungen die Zivilisation in die Länder gebracht hätten, in die sie sich verbreiteten. Er fragt, wie eine alte nationalstatische Prahlerie ein Dogma für ein Sechzigmillionenvolk werden konnte. Die Herrschaft weniger Jahrzehnte ist in Wahrheit untergegangen in Verwirrung und Verrat.

Die Weite der Gedanken Sforzas besitzt die großen Zeugen der italienischen Literatur. Die Städte in der Geschichte von Jahrhunderten: es gibt kein Volk, das so viele dichterische Beweise dafür besitzt, wie das italienische. Seine universellen Dichter haben den entscheidenden Einfluß auf die kommenden Generationen ausgeübt. Dantes Vaterland — es war „die Welt im Allgemeinen“. Immer, wenn die Freiheit verloren ging, wenn eine gewalttätige und künstliche Ordnung Straßen und Bücher beherrschte, verschwindet die künstlerische Originalität Italiens. Es beginnt die Ära der einseitigen Virtuosen. Wir wissen es aus dem heutigen Italien, grotesk, unförmig und verlogen aus dem Deutschland Adolf Hitlers, wo Dichtung zum Ressort der Propaganda gehört.

Warum gibt es in Sforzas vielgeliebtem Italien keinen Antisemitismus? Es konnte gar keinen geben mit rund 40 000 Juden in einer Nation von 40 Millionen. „In den Städten, wo das jüdische Element etwas häufiger ist, wie in Livorno oder Pisa, bemerkt man ihnen gegenüber eine Art Händelei, der allerdings die Bosheit abgeht: ziemlich von derselben Art, wie der „Antiklerikale“ den Priester hänselt,

dem er eines Tages seine Kinder für die erste Kommunion anvertrauen wird“... Man denkt bei solchen Sätzen an den katholischen deutschen Westen. Hier war die gleiche Haltung gegenüber den Juden, bevor der Antisemitismus befohlen und organisiert wurde.

Sforza macht es uns schwer, ihn nicht zu zitieren. Seine Weltanschauung ist: Anschauung der Welt. Er gibt dem Geist und der Seele Italiens den Standort: im unvergänglichen Individualismus des Volkes. Er kann eine Weile eingeschlafert werden in Perioden der bürgerlichen und geistigen Unterdrückung. Aber die innere Vitalität des italienischen Volkes widersteht allem. „Darin zeigt sie eine gewisse Ähnlichkeit mit der unschwächeren Kraft des jüdischen Volkes.“ Der kritische Geist der Italiener bewahrt sie, nach Sforza, vor der Betörung und Verblendung, die in Deutschland und Rußland möglich sind.

In Sforza leiden alle Leiden Europas. Aber er blickt in die Zukunft. Heute die Farben der Hemden katalogisierbarer Halbformeln — morgen — es wird vielleicht ein sehr spätes Morgen — wird man das Ende der Krise erleben, gleich, ob man es selber noch erlebt. Sforza besitzt die Freude und das Glück, zu fühlen, daß die „Zukunft den Idealen recht geben wird, denen wir treu geblieben sind“.

Es ist sicher, daß die Ideale Sforzas nicht in allem Betracht die unserigen sind. Er ist viel zu weise, um die Kraft der umstürzenden Gewalt des Willens in der Geschichte zu fühlen; zu sehr Analytiker, um dabei zu sein, die Welt zu verändern in der gigantischen Neugestaltung der Zukunft. Er ist Humanist, ohne zu sehen, daß es künftig keine Humanität ohne den Sozialismus im Bewußtsein der Freiheit geben wird.

Aber es gibt doch einen langen gemeinsamen Weg. Für alle, die im Exil ihr Land und ihr Volk aus dem Reich ihres Herzens lieben, gilt Dantes, des großen „Ein... h besetzt, schreibe ich.“

Für die 30-Stunden-Woche

Eine amerikanische Gewerkschaftsforderung

New York, 5. Oktober. Der Gewerkschaftsführer Green hat am Montag auf der Tagung der Gewerkschaften in San Francisco die Einführung der 30-Stunden-Woche verlangt. Von der Versammlung wurde diese Forderung mit großem Beifall begrüßt. Weiter erklärte Green in seiner Ansprache noch, die Regierung Roosevelt habe gewiß viel für die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit getan; immerhin sei sie noch nicht weit genug gegangen. Die Zahl der Arbeitslosen betrage auch heute noch immer 10 Millionen. Die großen Ausfälle der letzten Zeit seien nur auf die feindselige Einstellung der Arbeitgeber zurückzuführen. Man habe versucht, den Arbeitern das Recht auf kollektive Verhandlungen mit den Arbeitgebern freizugeben, das ihnen durch die NLR-Gesetzgebung ausdrücklich zugesichert sei.

Der von Roosevelt in seiner Rundfunkrede am Sonntag gemachte Vorschlag eines Waffenstillstandes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat in Gewerkschaftskreisen eine günstige Aufnahme gehabt. Eine bindende Stellungnahme dazu wird jedoch einstweilen abgesehen. Im übrigen hat die

Rundfunkrede in den Gewerkschaftskreisen Beifall gefunden. Das geht aus einer Äußerung Greens hervor, der erklärte, es scheine, daß der Präsident dieselbe Sprache spreche wie die Arbeiterschaft.

Inzwischen hat auch der amerikanische Fabrikantenverband sich mit dem anregenden Waffenstillstand befaßt. In einer öffentlichen Erklärung wird von ihm der Präsident Roosevelt aufgefordert, den Waffenstillstand durch eine Proklamation von sich aus anzuordnen. Voraussetzung sei für die Fabrikanten, daß während des Waffenstillstandes die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen unverändert fortbestehen. Schließlich werden von den Fabrikanten die Gewerkschaften aufgefordert, den Vorschlag des Präsidenten zu unterstützen. Dazu liegt bereits eine Gegenerklärung Greens vor, der als Präsident des Gewerkschaftsverbandes die öffentliche Erklärung des Arbeitgeberverbandes als Ausschluß bezeichnet. Den Arbeitgebern sei zu empfehlen, erst einmal öffentlich anzukündigen, daß sie ihrerseits nun endlich sich bereitfinden sollten, die Entscheidungen der eingesetzten Behörden auch zu befolgen.

General Weygand

Um den Posten des Chefs der Armee

(Von unserem Korrespondenten)

Eine für die französische Armee wichtige Frage wird in absehbarer Zeit zur Entscheidung kommen. General Weygand, Generalinspektor des Heeres und Vizepräsident des Obersten Kriegsrates, mit anderen Worten also der französische Generalissimus, erreicht am 21. Januar 1935 mit seinem 68. Geburtstag die Altersgrenze und muß damit nach dem Gesetz von seinem Amte scheiden. Die Armee muß also dann einen neuen Chef bekommen, und die Frage, wer dies sein soll, bereitet heute schon den verantwortlichen Stellen große Kopfschmerzen.

Als an sich schon von großer Bedeutung für die Schicksale einer Armee, für den Weltfrieden, der sie bezieht, die Persönlichkeit, die an der Spitze des Heereskörpers steht, so wird diese Frage geradezu eine Lebensfrage der Nation in kritischen Zeiten, die, wie die Gegenwart, leicht gezeichnet sind, gewissen reichlich vorhandenen Mängeln in Klammern zu legen. Unter diesen Umständen sind denn auch die diesseitigen militärischen Kreise der Auffassung, daß es keinen besseren Nachfolger für General Weygand gebe als Weygand selbst. Er habe mehr als jedes andere Mitglied des obersten Kriegsrates während des Weltkrieges seine hervorragenden Führerqualitäten bewiesen; er genieße nicht nur beträchtliches Ansehen in Frankreich, sondern auch bei Engländern und Amerikanern. Man erinnere daran, daß er seinerzeit Polen gerettet habe.

Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß man tatsächlich zugunsten Weygands die Bestimmung über die Altersgrenze aufheben wird. Gerade der jetzige Kriegsminister Pétain war es, der seinerzeit, als er von seinem Posten als Generalinspektor der Armee schied, Weygand als seinen Nachfolger bezeichnete. Pétain weiß genau, wie gut Weygand seinen Posten angefüllt hat — er bekleidet ihn seit dem 1. Januar 1930 — und darum hat man keinen Zweifel, daß er auch jetzt wieder für den General eintritt, der, wie er weiß, das Vertrauen der ganzen Armee besitzt.

Es ist interessant, daß „Pett Parisien“, der doch amtlichen Kreisen nahesteht, darauf hinweist, daß man den neuen Generalissimus acht Tage nach der Saarabstimmung ernennen müsse. Das Blatt meint, gerade dieses Ereignis zwinge dazu, bei der Ernennung des Generalissimus ganz besonders überlegt zu Werke zu gehen.

Nordischer Block

Wieder ein Erfolg hitlerdeutscher Außenpolitik

Wenn es eine Rasse gäbe, die sich durch die heutige deutsche Politik geschmeichelt und zu Deutschland hingezogen fühlen müßte, dann müßte es die Skandinavier sein. In doch der nordische Mensch der Odeität, zu dem auch das deutsche Volk durch Abstammung fremdlicher Bestandteile und sonstige Erbschaften gezogen werden soll. Im Vergleich damit ist das stark feltisch durchsetzte und von romanischen Kulturereinflüssen durchsetzte englische Volk ein Mischvolk, das einem echten Germanen nur höchst zweifelhafte Gefühle erwecken könnte. Und doch, in derselben Zeit, in der der ganze Norden sich mit Abscheu von der Hitlerpolitik abwendet, in der die Naziparteien bei den skandinavischen Wahlen humoristisch kleine Stimmzahlen aufbringen und der Handel die deutsche Einfuhr zu raschem Erliegen bringt, wendet sich der ganze Norden offen und geradezu demonstrativ nach England hin. Der englische flüchtversetzte Außenminister und wirklich führende Außenpolitiker Eden reist Mitte Oktober nach Schweden als offizieller Gast der schwedischen Regierung. Wie der „Skandinavischen Zeitung“ aus London gemeldet wird, bezeichnet man die Reise als „Freundschaftsbesuch“, entstanden aus den engen Beziehungen, die sich zwischen Eden und dem schwedischen Ministerpräsidenten, der den Vorsitz der letzten Völkerbundversammlung geführt hat, dort angeknüpft hätten.

Tat es sich aber um eine politisch sehr wichtige Sache handelt, ergibt sich aus der Feststellung, daß Schweden im Völkerbundrat eine Stellung von wachsender Bedeutung einnehme und in der Abrüstungsfrage zweimal die Anregung zu wichtigen Schritten der neutralen Staaten gegeben habe. Zweck der Reise sei Herbeiführung engerer politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern. Die Bedeutung der Reise gebe auch daraus hervor, daß ein Beamter des englischen Auswärtigen Amtes sich mehrere Wochen „zu Studienzwecken“ in Stockholm aufgehalten habe. Auch die dänische Regierung hat Eden eingeladen, und ein Besuch in Dänemark steht ebenfalls in Frage. Die eng- schwedischen Beziehungen zu Norwegen sind schon seit langer Zeit so eng, daß sie keiner weiteren Festigkeit bedürfen. Welche besonderen Gründe mögen gerade jetzt die nordischen Länder zu einer Verengung ihrer überlieferten englischen Freundschaftsbände bestimmt haben? Sollten sie die Liebe des Nächsten-Nordlandbruders im Süden als etwas zu fürzlich empfunden haben und darum die Anlehnung an eine weicherlich-liberalistische Macht vorziehen? Jedenfalls ist diese Anlehnung alter Wunde, die Hand in Hand geht mit der hart betonten Ablehnung deutscher Beziehungen und Erzeugnisse, auch ein Stück der weiteren Isolierung des Hitlerreiches, der „Einkreisung“, die nicht aus fremder und minderraktiger Tüde zu erklären ist, sondern aus dem Abscheu, den die hitlerdeutschen politischen Methoden allen modern und gesund fühlenden Menschen, gleichviel welcher Rasse, einflößen.

Nazi-Expansion

Im dänischen Schleswig

Im „Sonderburger „Sozialdemokraten“ erklärt der sozialdemokratische Abgeordnete für den dänischen Teil von Schleswig im „Folketing“, (dänischer Reichstag), Nielsen, die deutsche Regierung habe soeben abermals dem „Vogelsang“, einem deutschen Unternehmer im dänischen Schleswig, 3 Millionen Reichsmark Kredit gewährt. Dadurch erhöhe sich die Gesamtsumme der ausgesetzten Kredite auf 5 Millionen Mark. Der „Vogelsang“ habe in Dänemark nahe der deutschen Grenze nicht weniger als 73 Grundstücke aufgekauft, die unter deutsche Nazifamilien aufgeteilt würden. In diesem Jahre habe sich die Zahl der deutschen Privatschulen im dänischen Teil von Schleswig fast verdoppelt, sie betrage jetzt rund 60. Im Laufe der letzten fünf Monate sei die Zahl der deutschen Gesuche um Erlaubnis zum Grenzübertritt und Aufenthalt im dänischen Teil nahe der Grenze achtmal größer als während des vorangegangenen Halbjahres. Dänische Arbeiter und Handwerker erhielten von den Deutschen nur dann Arbeit, wenn sie Mitglieder der nationalsozialistischen Verbände im dänischen Schleswig würden.

Julius Deutsch:

Putsch oder Revolution?

Handbemerkungen über Strategie und Taktik im Bürgerkrieg

Verlagsanstalt „Graphia“, Karlsruhe.

Ausgehend von den Februarereignissen und dem blutigen Ziel des tierischen Faschismus in Deutschland, stellt Julius Deutsch die gesamte Strategie und Taktik der europäischen Arbeiterbewegung zur Diskussion. Er zeigt an der Hand der sozialistischen Geschichte, was den bewußt marxistischen Sozialisten vom ungeschulten Faschismus und ähnlichen Lehren trennt, und er untersucht das Problem, welche Vorkehrungen die Arbeiterklasse für den Fall zu treffen hat, wenn das Bürgertum eines Landes, aus Angst vor dem demokratischen Ziel einer mächtigen Arbeiterkraft, den Boden der Demokratie verläßt. Tiefe Untersuchung in von wichtiger internationaler Bedeutung. Behrorganisationsrat allein, mögen sie auch vom Heldentum des österreichischen Schutzbundes getragen sein, vermögen weder den Faschismus abzuwehren, noch eine sozialistische Herrschaft zu errichten. Die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse muß vielmehr, über die Behrorganisation hinaus, von der ganzen proletarischen Klasse getragen werden, wenn sie Erfolg haben soll. Nur eine Zusammenarbeit von Behrorganisation und Massenpartei, nur eine systematische auch militärisch-organisatorische Schichtung kleinerer Gruppen, verbunden mit der wehrhaften Erziehung der Massen, vermag die Arbeiterbewegung fähig zu machen, dem Faschismus zu widerstehen, ihn zu bekämpfen und schließlich zu besiegen.

Julius Deutsch legt die Unterschiede militärischer, politischer und wirtschaftlicher Art auseinander, die die österreichische Partei im Februar 1934 vom russischen Oktober 1917 trennen. Mit fähiger Sachkenntnis legt er die Zünde sorgfältiger Kritik an die blöder erschienenen Literatur über die Februarkämpfe und zerstört die Illusionen jener, die vom Zerschlagung aus, ohne Kenntnis der wirklichen österreichischen Verhältnisse, diese Ereignisse beschrieben haben und Lehren aus ihnen zogen, die der Wirklichkeit nicht entsprechen.

Das Resultat, zu dem Deutsch kommt, ist die Erkenntnis, daß das österreichische Proletariat zur Abführung eines revolutionären Kampfes, in einer nichtrevolutionären Situation, gezwungen war. Ueber diese aus dem österreichischen Kampf unmittelbar erwachende Konsequenz hinaus liefert Julius Deutsch seine Arbeit mit der Erkenntnis, daß nicht bloß Teile der Arbeiterklasse, auch wenn sie noch so opferwillig sind, sondern das ganze Proletariat den Kampf auf sich nehmen müsse, wenn es befreit aus dem Wirren unserer Zeit hervorgehen soll.

SASI-Kongreß

Am 6. und 7. Oktober tagt in Karlsbad der 7. Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale. Neben den Geschäftsberichten sind von ganz besonderer Wichtigkeit die Referate über „Die sportpolitische Lage“ des Genossen Deutsch, das technische Referat des Genossen Bühnen und die Referate über die nächste Arbeiterolympiade in Antwerpen im Jahre 1935.

Paris

Zwangsversetzung eines kommunistischen Lehrers

Wie man aus dem Unterrichtsministerium erfährt, wird der kommunistische Lehrer Le Corre in Saint-Vigor-d'Ymonville, gegen den ein großer Teil der Eltern seiner Schüler seit Montag einen Schulstreik inszeniert hat, versetzt werden.

BRIEFKASTEN

Württemberg. Sie schreiben uns: „Während es allen anderen Meinungen verboten ist, irgendeine im Rundfunk Reden zu machen und es dem Rundfunk seinerseits wieder verboten ist, irgendeine Meinung auch nur zu nennen, macht nunmehr der Stuttgarter Sender für den „Völkischen Beobachter“, eine der vielen Gewerkschaften, eine Propaganda. Er teilt nämlich den erkrankten Hörern mit, daß als „Dienst am Vater“ der „Völkische Beobachter“ jetzt so aktiv in Stuttgart aufkomme, daß er schon um 7 Uhr im Straßenhandel zu haben sei, und daß speziell für Württemberg neuerdings eine vierseitige Beilage dem „Völkischen Beobachter“ beigelegt werde. Ob das genügt um die immer mehr wachsende Empörung der Württemberg christlichen Kreise einzudämmen?“

Professor Ludwig Luidde, der alte Faschist, schreibt uns als Erwiderung auf eine auch von uns übernommene Kritik an seinem Verhalten auf dem Reichstagskongreß in Vercors u. a.:

„An die Spitze meiner Erklärung in Vercors habe ich das Bekenntnis gestellt, daß ich selbstverständlich der alte Demokrat und Faschist geblieben sei. Bei den letztjährigweit seitens Geisteskranken, die mich mit Nationalsozialisten in nähere Berührung brachten, habe ich Wert darauf gelegt, festzustellen, daß mich vom Nationalsozialismus ein Abgrund trennt, der nicht zu überbrücken ist. Es liegt mir aus ganz fern, nach Deutschland zurückkehren zu wollen. In dem Verfahren gegen Rechtsanwalt Dormann-Franckfurt, wurde amtlich bekanntgegeben, er handle in Verbindung mit dem „Völkischen Beobachter“ betrieblenden Prof. Luidde in Vercors, und auf Anfrage wurde mir erklärt, das sei die Auffassung der „unabhängigen Stelle“, also wohl der Geheimen Staatspolizei. Man sollte mir wirklich, wenn schon die Charakterlosigkeit, doch nicht die Tölpelheit zutrauen, daß ich glauben könnte, durch würdevolles Anbieten bei den Nationalsozialisten meine Stellung zu verbessern. Aber da ich unter Umständen gegen Rechtsanwalt Dormann-Franckfurt nach Deutschland zu gehen, wünsche ich auch, meine Stellung nicht zu verschlechtern. Deshalb erlaube ich mich jeder Betätigung an der antinationalsozialistischen Kampfbereitschaft. Ferner ist mir die Verbindung mit den Verbänden in Vercors, soweit es sich um die Stellungnahme zum Nationalsozialismus handelt, fernzuhalten. Wenn die Haltung des Kongreß gegenüber dem Nationalsozialismus deutschen Emigranten schädlich erscheint, so müssen sie sich nicht an mich halten, sondern an andere Kongreßteilnehmer. Mir wird gefaßt, daß die englisch-amerikanische Auffassung in jeder scharfen Zerkleinerung gegen den Nationalsozialismus so etwas wie Feindschaft gegen Deutschland ist. Aber es gab auch eine französische Feindschaft, die forderte, das französische Republikaner und deutsche Nationalsozialisten zu vereinen durch die politischen Beziehungen, zur Verständigung über Fragen der Wirtschaft, des Sports und der Kultur freundschaftlich zusammenzuführen. Ein in diesem Sinne eingetragener Antrag kam allerdings nicht zu Abstimmung. Er wurde, so viel ich weiß, zurückgezogen. Im Gegenzug zu vielen alten Freunden verlor ich es allerdings, zu ungenügendem Ansehen, soweit sie nicht nach meinem Urteil im Zusammenhang mit der inneren politischen Entwicklung stehen, schließlich nach positiver Grundtendenzen Stellung zu nehmen und mein überflüssiges Urteil nicht durch die Gegenwart gegen den Nationalsozialismus trüben zu lassen. Wenn mit einer positiven Forderung ein deutsches Angebot zusammenfällt, löse ich mich durch die Gegenwart nicht aus heutige deutsche Regime nicht hindern, das deutsche Interesse zu vertreten.“

„Unter die Räder!“ Als kommunistischer Referat der „Deutschen Arbeit“ schreibt Ihr uns: „Am 1. Juli 1933 sind in Riesa (Braunschweig) zehn kommunistische Genossen aus Braunshweig von braunen Bänden ermordet worden. Der bis zur Unkenntlichkeit entstellten Leichen wurden in einem Massengrab auf dem Kleiderberg Friedhof bei dem Baum vergraben. Am Jahrestage dieser Mordtat lag auf der Grabstätte ein Kranz mit roten Bändern, die die Aufschriften trugen: „Unseren unsterblichen Kameraden!“ — „Unter die Räder!“ Unbekannte Hände schmieden immer und immer wieder den Kranz mit Blumen. Im August d. J. wurde eine Fotografin der Grabstätte unter der Braunshweiger Arbeiterkraft verhaftet. Die Karte zeigt den Grabhügel auf dem Kleiderberg Friedhof und trägt die Namen der zehn ermordeten Genossen. Die Genossen hat darauf wohlens etwa 50 Braunshweiger Arbeiter verhaftet, von denen sich eine größere Anzahl noch in den Klauen der braunen „Nutz“ befinden.“

H. A. Kopenhagen. Sie glauben, es ließe sich das Wort von Zimlitz anwenden: „Der große Führer zieht Männer verwandten Charakters an.“ Wir wollen nicht mit Ihnen kretzen. Wen zieht er denn an? Von Kohn, Reine, Ernst und ähnliche Männer verwandten Charakters? Sind Sie nun mit uns zufrieden?

Briefe an die Redaktion bitten wir zu adressieren: „Redaktion der „Deutschen Arbeit“, Saarbrücken, Schleichweg 77“. Wenn an einzelne Redakteure adressiert wird, sind Verzögerungen unvermeidlich.

Für den Gesamthalt verantwortlich: Johann Pity in Saarbrücken; für Anzeigen: Otto Kubin in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 3, Schleichweg 5. — Schleichweg 77 Saarbrücken.

2. Auflage soeben erschienen!

Hitler rast

Von KLAUS BREDOW

Fragen Sie in den Kiosken und Buchhandlungen nach. Falls die Broschüre am Ort nicht zu haben ist, liefert die Buchhandlung der „Volksstimme“, Saarbrücken, Bahnhofstraße 32, gegen Voreinsendung von 3,90 französischen Franken auf das Postscheckkonto Saarbrücken Nr. 619 Verlag der „Volksstimme“, Saarbrücken